56. Donnerstag den 7. März 1861. 56.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 7. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kurfürstlich hessischen Kammerherrn von Oertzen den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Direktor der Geschützgießerei in Spandau, Major Schuer, à la suite der Westfälischen Artillerie-Brigade (Nr. 7), und dem Adjutanten bei der Inspektion der technischen Institute der Artillerie, Hauptmann Wesener, von der Westfälischen Artillerie-Brigade (Nr. 7), den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; ferner dem Militär-Intendanturrath Loewe vom 2. Armeekorps, bei Gelegenheit seiner Versetzung in den Ruhestand, den Charakter als Geheimer Kriegsrath zu ertheilen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Itzehoe, Mittwoch 6. März. Bei Eröffnung der Ständeversammlung hob der Kommissar hervor, daß die Augen Europa's auf die Versammluug gerichtet seien und bat Ruhe und Würde zu bewahren. Vorgelegt wurde: 1) Eröffnung betreffs der 1859 eingereichten Verfassungsvorschläge und der weiter vorzunehmenden Schritte. 2) Ein Gesetzentwurf betreffend die provisorische Stellung Holsteins. 3) Ein Versammlungsentwurf für das Herzogthum Holstein. Baron Plessen wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Derselbe hob hervor, daß seit langer Zeit das Gleichgewicht gestört sei, daß die patriotischen Bemühungen der früheren Ständeversammlungen vergeblich gewesen, doch hoffe man noch auf glückliche Wendung.

Itzehoe, Mittwoch 6. März Abends. Die Königliche Eröffnung fordert die Versammlung zu einer Aeußerung auf über einen neuen gesammtstaatlichen Verfassungsplan mit Zweikammersystem. Die Erste Kammer soll aus 30 auf Lebenszeit von der Regierung ernannten Mitgliedern bestehen. Der Gesetzentwurf über das Provisorium ist sehr verwickelt. Für die holsteinische Armee soll eine Art Sonderstellung eintreten. Holstein soll über zwei Millionen zu den gemeinschaftlichen Ausgaben beitragen.

Von der polnischen Grenze, Mittwoch 6. März. In Warschau ist die Nachricht aus Petersburg eingetroffen, daß ein Bruder des Kaisers baldigst nach Warschau kommen werde.

(Eingeg. 7. März 8 Uhr Vormittags.)

Von der polnischen Grenze, Mittwoch 6. März Abends. Der Statthalter Fürst Gortschakoff hat in Warschau eine Delegation niedergesetzt, welche aus 24 Bürgern besteht, von denen je 8 abwechselnd im Rathhause versammelt sind, um über die Ruhe der Stadt zu wachen. Die Maaßnahme hat günstig gewirkt und man hofft auf Erhaltung der Ruhe. Die eigentlich revolutionäre Partei ist klein und überdies von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ohne auswärtige Hülfe eine Erhebung fruchtlos sein würde. Die Militärbesatzung Warschau's wird allnächtlich durch Truppen aus Modlin verstärkt.

(Eingeg. 7. März 11 Uhr 45 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 6. März. [Dänische Zugeständnisse; syrische Angelegenheit; Sein oder Nichtsein der Fraktion Mathis.] Die neuesten Nachrichten aus Kopenhagen beweisen, daß die dänischen Staatsmänner zwar nicht ihr Unrecht gegen die Herzogthümer, wohl aber ihre vollkommene Isolirung erkennen und daher endlich in die Bahn der Zugeständnisse einlenken. (Vgl. oben die Tel.) Zwei Punkte sind es noch immer, welche das Gelingen einer Verständigung in Frage stellen. Zunächst müssen die holsteinschen Stände als das werthvollste der von ihnen in Anspruch genommenen Rechte den Grundsatz betrachten, daß der Finanzetat für das Herzogthum nicht ohne ihre Zustimmung festgestellt werde. Auf diesen Punkt hat der deutsche Bund ein besonderes Gewicht gelegt. Die auswärtigen Großmächte, besonders Frankreich und Rußland, haben in jüngster Zeit diese Forderung lebhaft unterstützt und neuerdings soll auch Schweden im gleichen Sinne gewirkt haben. Aus den bisherigen Mittheilungen ist noch nicht ganz klar, ob Dänemark hierin dem Verlangen des Bundes volle Genugthuung giebt. Der andere Punkt bezieht sich auf das Verhältniß Schleswigs. Nie und nimmer werden die Holsteiner die Hand zur Versöhnung reichen, wenn die dänische Regierung den Rechten der deutschen Bevölkerung in Schleswig nicht die gebührende Beachtung zu Theil werden läßt. Hierbei will ich noch bemerken, daß die Nachricht von der Absendung einer auf die holsteinsche Angelegenheit bezüglichen Depesche Oestreichs nach Kopenhagen keinen Glauben verdient. Den langjährigen Bemühungen Preußens ist es gelungen, seiner Auffassung von dieser Frage auch die Zustimmung und Unterstützung der östreichischen Staatsmänner zu gewinnen. Jetzt können die beiden deutschen Großmächte nur gemeinsam handeln, und jeder einseitige Schritt Oestreichs müßte als Vertrauensbruch bezeichnet werden. — Wenn auch die Pariser Konferenz über die syrische Okkupation ihre Berathungen einstweilen unterbrochen hat, so dauern doch die vertraulichen Unterhandlungen zwischen den einzelnen Kabinetten fort. Die Angabe Lord Russells, daß Oestreich den 1. Mai als Termin für die Räumung Syriens vorgeschlagen, wird von anderer Seite nicht bestätigt. Wohl liegt es in den Wünschen Englands, den Termin so nahe als möglich zu rücken. Preußen soll, wie ich höre, geneigt sein, eine Verlängerung der Okkupation bis in den Juni als letztes Zugeständniß zu befürworten. — Man ist sehr gespannt auf das Verhalten der eigentlich ministeriellen Fraktion, aus welcher nicht bloß Herr v. Carlowitz, sondern auch ihr bisheriger Führer, Hr. Mathis, ausgeschieden ist. Die Regierung wünscht begreiflicherweise das Fortbestehen der Fraktion und die letztere würde in Herrn v. Bardeleben einen geeigneten Führer finden, da derselbe sich schon bisher an der Leitung der Geschäfte seiner Partei lebhaft betheiligt hat.

— [Zur Stellung der Juden.] Der Unterrichtsminister hat sich durch Erlaß vom 24. Januar d. J. über die Promotion eines Juden zum Doktor beider Rechte dahin ausgesprochen, daß er die hiesige juristische Fakultät nicht anweisen könne, „von dem Hindernisse", welches in der Religion des Promovenden gefunden worden, Abstand zu nehmen. Die Aufsichtsbehörde sei nicht befugt, „die Fakultät zur Ertheilung der Doktorwürde an einen bestimmten Kandidaten, beziehentlich zur Abstandnahme von Bedenken anzuhalten, in welchen dieselbe, nach ihrem Ermessen, Grund findet, in einem einzelnen Falle von ihrem Rechte keinen Gebrauch zu machen, da der Fakultät nirgends in ihren Statuten die Verpflichtung auferlegt ist, die Doktorwürde allen denen zu ertheilen, welche den statutarischen Bedingungen der Verleihung zu genügen bereit und im Stande sind." Der Minister erklärt sich dann schließlich „außer Stande, der hiesigen juristischen Fakultät die Weisung zu ertheilen, daß sie von ihrer bereits früher festgestellten Uebung, die Würde eines Doktors des bürgerlichen und kanonischen Rechtes an Kandidaten jüdischen Glaubens nicht zu ertheilen, abgehe. Die Berufung auf die entgegengesetzte Praxis anderer Juristenfakultäten außerhalb Preußens ist nicht geeignet, die dargelegte Stellung der Aufsichtsbehörde zu dem Promotionsrechte der Fakultäten in Preußen zu alteriren."

— [Von der ostasiatischen Expedition.] Ueber die Reise Sr. Majestät Transportschiff „Elbe", Kommandant Lieutenant zur See I. Klasse Werner, von Hongkong nach Jeddo gehen der „Pr. Z." folgende spezielle Mittheilungen zu: Der Kommandant machte in Gemäßheit der ihm durch das königl. Konsulat in Kanton zugegangenen Ordre des königl. Geschwaderchefs, Kapitän zur See Sundewall, am 29. Oktober v. J. das Schiff sofort seefertig und verließ am 30. Oktober den Hafen von Hongkong. Wegen eintretender Windstille und Gegenstroms war der Kommandant jedoch gezwungen, am Abend wieder auf der Außenrhede zu ankern und bis zum andern Morgen 9" liegen zu bleiben. Er kreuzte alsdann mit flauem östlichen Winde durch die Lye-moon-Passage und an der chinesischen Küste hinauf. Der Wind hielt sich mit gutem Wetter östlich, so daß der Kommandant schon am 4. November Breakers-Point und die Namoninseln erreichte, von denen er beim Winde nach der Küste von Formosa hinüberlag, die er am 6. November Morgens in Sicht bekam. Hier flaute der Wind sehr ab und wuchs am andern Tage zu einem Sturme aus N.-O., der bis zum 8. Mittags anhielt. Dann wurde es wieder fast still und das Wetter unbeständig. Dies, so wie ein heftiger Unter-Wasserstrom, der auf 22 Grad N.-B. und 120 Grad O.-L. das Schiff sogar gegen die gefüllten Segel über den Achtersteven trieb, ließen den Kommandanten die Südspitze von Formosa erst am Morgen des 10. November erreichen. Als er um das Südkap gekreuzt war, fing es so heftig aus N. O. z. O. an zu wehen, daß er es für gerathen hielt in den Schutz der Küste zurückzulaufen und in einer Bucht an der Südspitze der Insel auf 10 Faden Wasser und etwa 1000 Schritt vom Lande zu ankern, da namentlich auch die Großwanten gesetzt werden mußten, die er schon seit einigen Tagen zu schwichten genöthigt gewesen war. Der Kommandant fuhr mit der Gig ans Land, wurde aber aus einem das Ufer begrenzenden Gebüsche von den Eingebornen mit Gewehrfeuer empfangen, wobei der Matrose von Kleist zwei Kugeln erhielt, die glücklicher Weise nur durch seine Kleidung gingen, ohne ihn zu verletzen. Da ein Angriff auf die Eingeborenen in dem dichten Gehölze nur mit Verlust für die Besatzung der „Elbe" enden konnte, ließ der Kommandant die Wiedereinschiffung der Mannschaften durch Erwiderung des von den Eingeborenen unterhaltenen Feuers decken und ruderte aus dem Bereiche der feindlichen Kugeln. Nachdem sich das Boot etwa 200 Schritt vom Ufer entfernt hatte, kamen die Eingeborenen, mit langen Luntenflinten bewaffnet, aus dem Gebüsch auf den Strand heraus; bei dieser Gelegenheit wurde einer derselben von der Besatzungsmannschaft der „Elbe" niedergeschossen, worauf sich die übrigen schleunigst zurückzogen. An Bord der „Elbe" angekommen, ließ der Kommandant mit Geschützen auf die am Strande liegenden Wohnungen feuern. Schon nach dem fünften Schusse verließ die ganze Bevölkeruug mit Vieh und sonstigem Zubehör ihre Behausungen und zog auf die Höhen weiter ins Innere. Nachdem der Kommandant im Ganzen 8 Schüsse gefeuert und seinen Zweck, den hinterlistigen Angriff zu bestrafen, erreicht zu haben schien, stand er vom weitern Schießen ab, namentlich da sich auch während des folgenden Tages keiner der Eingeborenen innerhalb Schußweite sehen ließ. Die Bucht, in welcher die „Elbe" ankerte, gewährte gegen N.-O.-Wind vollständigen Schutz; der Grund ist Lava mit Sand bedeckt, letzterer steigt langsam auf, so daß man sich bequem anlothen kann, und seine Tiefe gestattet, sich auf 5 Faden Wasser bis auf 200 Schritt an den Strand zu legen. Der Strom wechselt alle 12—14 Stunden. Am 12. Novbr. Morgens wurde das Wetter besser, und lichtete deshalb der Kommandant die Anker und kreuzte gegen steifen N.-O.-Wind an der Ostküste von Formosa hinauf. Hier fand er nördlichen Strom von 10—36 M. pr. Tag, so daß er trotz schweren Wetters am 15. bereits die Insel Kunii passirte. An diesem Tage flaute es ab, der Wind zog sich südlich und hielt sich mit abwechselnder Stärke so bis zum 18., so daß die „Elbe" sich an diesem Tage auf 27° 52' N. Br. und 125° 27' O. L. befand. Dann ging der Wind wieder auf N.-O., am 20. und 21. Nov. wieder südlich mit sehr flauer Briese, so daß der Kommandant am letztgenannten Tage Kap Totto erreichte, von wo er jedoch wieder mit nördlichem Winde bis zur Papenberg, Insel in der Bai von Nagasaki, kreuzen mußte. Diesen Punkt erreichte der Kommandant am 23. Nov. Abends, ankerte wegen Windstille und ließ sich am andern Morgen früh durch japanesische Boote nach dem Hafen bugsiren. Im Hafen befanden sich die russische Fregatte „Swetlana", ein russisches Dampfkanonenboot und die holländische Kriegsbrigg „Kachelot". Die „Swetlana" schickte dem Kommandanten auf eine Meile weit drei schwere Boote zum Bugsiren entgegen, welche Zuvorkommenheit derselbe durch seine Visite auf der Fregatte sofort erwiderte. Am 24. Nov. erhielt der Kommandant die Ordre vom Geschwaderkommando, sich schleunigst nach der Rhede von Jeddo zu begeben, in Folge dessen er, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, am 25. Nov. Nachmittags unter Segel ging. Wegen Windstille ging die „Elbe" in der Nähe des Papenberges jedoch wieder zu Anker und konnte erst am 26. Nov. Morgens ihre Weiterreise antreten. Mit nördlichem Winde erreichte der Kommandant am 27. Mittags Kap Nagäff und am andern Tage Kap Morodino Saki. Der Wind zog sich jetzt wieder östlich, wurde sehr stürmisch und unstät und blieb so bis zum 1. Dez., lief dann aber nördlich bei stark fallendem Barometer und schwerer südöstlicher See auf N.-N.-W., so daß vom 28. Nov. bis zum 3. Dez. während der ganzen Zeit nur mit dicht oder doppelt gereeften Marssegeln gesegelt werden konnte. Am 3. Dez. Morgens Wind N.-O. mit flauer Briese passirte die „Elbe" Broken-Island, kreuzte in die Uragubai hinein und ankerte Abends 8 Uhr am 4. Dez. wegen Dunkelheit und Windstille auf der Rhede von Jokuhama. Am andern Morgen segelte der Kommandant bei ganz flauer nordöstlicher Briese nach Jeddo weiter, kam jedoch erst am 6. Dez. Mittags daselbst an, und meldete sich, da Sr. Majestät Dampfkorvette „Arcona" daselbst nicht anwesend war, bei dem Kommandanten Sr. Majestät Fregatte „Thetis", Kapitän zur See Jachmann. Der Gesundheitszustand der Mannschaft war während der Reise kein guter, hat sich jedoch bedeutend gebessert, indem beim Abgang des Berichts am 9. Dezember nur 4 Kranke an Bord waren. Das Schiff hat sich während der Reise sehr gut bewährt und kreuzt vortrefflich. — Sr. Majestät Dampfkorvette „Arcona", welche sich behufs Einnahme von Proviant ꝛc. in Jokuhama befand, war am 14. Dez. nach Jeddo Rhede, wohin Sr. Majestät Fregatte „Thetis" vorangegangen war, zurückgekehrt. Da der Geschwaderchef, Kapitän zur See Sundewall, durch den königl. Gesandten Grafen Eulenburg erfahren hatte, daß die Aussichten für die Vertragsabschließung sehr günstig seien und sogar schon die Kommissarien von japanesischer Seite erwählt worden, beabsichtigte derselbe, mit dem Geschwader behufs Ausrüstung desselben mit Proviant von der „Elbe" und von Land her in den folgenden Tagen nach Jokuhama zu gehen und erst zur Einschiffung der königlichen Gesandten nach Jeddo Rhede zurückzukehren. Nach vorläufiges Verabredung mit dem königl. Gesandten beabsichtigt der Geschwaderchef, Sr. Majestät Schiffe „Thetis" und „Elbe" ein paar Tage voraus und zwar direkt nach Schanghai zu schicken, woselbst wahrscheinlich durch den Gesandtschaftssekretär Vorbereitungen zum Abschluß eines Vertrages mit China getroffen werden sollen, während Sr. Majestät Korvette „Arcona", über Nagasaki gehend, die andern beiden Schiffe in Schanghai einholen wird. Der Gesundheitszustand der Mannschaften der „Arcona" und „Thetis" ist leidlich; äußerliche Krankheiten sind die vorherrschenden.

Bei dem Oberkommando der Marine ist die folgende namentliche Liste der an Bord Sr. Majestät Schooner „Frauenlob" befindlichen Offiziere und Mannschaften eingegangen. Weitere Nachrichten irgend einer Art über den Verlust dieses Fahrzeuges sind nicht vorhanden. Lieutenant zur See 1. Klasse Reetzke als Kommandant, Lieutenant zur See 2. Kl. Francke, 1. Offizier, Fähnrichs zur See Behrend und Klos, Assistenzarzt Dr. Weidehase, Verwalter Decker, Bootsmann Gabriel, Bootsmannsmaats 2. Kl. Ferkel und Wassermann, Matrose 1. Kl. Brehm, Matrosen 2. Kl. Gliewe, Ficht und Schönbrodt, Matrosen 3. Kl. Vorweg, Kautz, Scheele, Stange, Krause, Bollow, Ulrich und Kuck, Matrosen 4. Kl. Matzik, Mauritsch, Mautwell, Kruwinus, Westphal, Oltboff, Baumeister, Range, Jakszt, Bolz und Müller, Schiffsjungen Krüger und Lüschwitz, Handwerker 2. Kl. Bruhnke, Handwerker 3. Kl. Wussow, Handwerker 4. Kl. Schulz und Schmidt, Koch Thater, Kellner Rose, Lazarethgehülfe Sohn, Meistersmaat 2. Kl. Lorenz.

— [Parteiprogramm.] Am Montag fand hier eine Versammlung konstitutioneller Wahlmänner statt, die von etwa 150 Personen besucht war und vom Stadtrath Woeniger, unter Assistenz der Stadtverordneten Dietrich und Steinlein, geleitet wurde. Nach einem Vortrage des Herrn Woeniger über die jetzigen politischen Verhältnisse in Preußen, insbesondere die Stellung der politischen Parteien und die daraus entspringende gegenwärtige Aufgabe der konstitutionellen Partei, wurden folgende Resolutionen nach dem Antrage des Redners einstimmig und ohne weitere Debatte angenommen: „Die hier anwesende Versammlung konstitutioneller Wahlmänner des III. Wahlkreises beschließt: 1) Die konstitutionelle Partei nimmt sowohl gegenüber der demokratischen als der konservativen Partei ihre politisch gesonderte Stellung ein. 2) Die konstitutionelle Partei ist nicht des Dafürhaltens, daß ein systematisches Drängen des Ministeriums gegenwärtig im wohlverstandenen Interesse des Vaterlandes liege. 3) Die konstitutionelle Partei wird für die bevorstehende Abgeordnetenwahl dem von ihr aufgestellten Kandidaten, Gymnasialdirektor Krech, mit allen ihren Mitteln den Sieg zu verschaffen suchen. 4) Die konstitutionelle Partei wird es freudig begrüßen, wenn Mitglieder der anderen Parteien sich mit ihr für den genannten Kandidaten bei der Wahl verbinden wollen."

— [Ehrendegen für Lamoricière.] Bekanntlich hatten einige westfälische Adelige, unter Anführung des bekannten Pfarrers Michelis, Sammlungen zu einem Ehrendegen für den General Lamoricière veranstaltet. Der General hat diese Gabe mit Dank abgelehnt und in Vorschlag gebracht, das Geld zum Besten der päpstlichen Armee zu verwenden. Das Komité, indem es diesen Vorschlag zu dem seinen macht, frägt jetzt bei den Gebern (es sind ungefähr 600 Thaler zusammengekommen) an, ob dieselben zustimmen. Hoffentlich läßt sich das Komité durch das Dresdener Beispiel warnen und wartet nicht zu lange mit der Absendung!

— [Freigebung.] Die wegen des auf den früheren Minister Simons bezüglichen Bildes konfiszirte Nummer des „Kladderadatsch" ist am Sonnabend wieder freigegeben worden.

Danzig, 5. März. [Die Hafenbauten] auf der hiesigen königlichen Werft nehmen bei der günstigen Witterung einen erfreulichen Fortgang. Die Gebäude für das Artillerie-Etablissement werden gerichtet, das Fundament zum Bootsschuppen ist bereits ausgehoben und es werden die Pfähle zum Rost eingerammt, der Anbau zur Werftschmiede ist unter Dach und zur Zeit werden die Feuerungen gemauert, auch die Zweigbahnen zum Hauptschienengeleise sind in Angriff genommen. (D. D.)

Elberfeld, 4. März. [Zur Waisenhausangelegenheit.] Der frühere Vorsitzende der Waisenhaus-Direktion, Grafe, erläßt heute folgende Erklärung:

Am 4. Februar d. J. habe ich dem Herrn Vorsitzenden der städtischen Armenverwaltung in vertraulicher, aber offener Weise Mittheilung gemacht von den bis dahin im städtischen Waisenhause vorgekommenen außerordentlichen Erscheinungen einer religiösen Erweckung unter den Kindern der Anstalt. Der Herr Vorsitzende erklärte diese Sache für eine „innere Angelegenheit des Hauses", von welcher der Armenverwaltung Kenntniß zu geben er sich nicht veranlaßt sehen könne; vielmehr war er mit mir der Ansicht, daß im Interesse der Sache dieselbe stille zu halten sei. Am 16. Februar hatte ich eine zweite längere Unterredung mit dem Herrn Vorsitzer der städtischen Armenverwaltung, in welcher er mir eröffnete, daß es nicht länger angehe, die Waisenhausangelegenheit stille zu halten. Es sei bereits in der letzten Sitzung der Armenverwaltung davon die Rede gewesen, und wiewohl es ihm gelungen, das Kollegium zu beruhigen, sehe er doch jetzt nach der Auffassung des Herrn Oberbürgermeisters die Nothwendigkeit einer Untersuchung voraus. Er persönlich würde sich aber bei seiner Stellung zu der Sache von einer solchen Untersuchung zurückziehen. Am Schluß unserer Unterredung gab er es mir anheim, der städtischen Armenverwaltung einen offiziellen Bericht über die Angelegenheit zu erstatten, wozu ich mich sofort bereit erklärte. Am 23. Februar, nachdem der ganze Verlauf der Sache aus den öffentlichen Verhandlungen bekannt war, besuchte mich der Herr Vorsitzende der städtischen Armenverwaltung abermals, um mich zum Rücktritt von meinem Amte aufzufordern. Bei dieser Gelegenheit richtete ich an denselben die Frage: „Ist es wahr, daß Sie, wie mir mitgetheilt worden ist, gesagt

haben, ich sei in der Waisenhausangelegenheit gegen Sie nicht offen und nicht wahr gewesen?“ Herr v. d. Heydt verneinte dies ausdrücklich und fügte hinzu, daß im Gegentheil, wo eine derartige Aeußerung von Anderen gefallen sei, er dieselbe bestritten habe.

Thorn, 5. März. [Erschwerungen des Handels nach Polen.] Durch die Aufhebung der Durchfuhrzölle ist thatsächlich die freie Einfuhr von Holz und Getreide aus Polen gestattet worden und die Mißstimmung in der diesseitigen kaufmännischen Welt darüber, daß man ein solches Geschenk dem russischen Staate ohne jedes Aequivalent darbringt, wohl eben so groß, wie in Schlesien zur Zeit der Einverleibung Krakau's in Oestreich. Hat doch Preußen es noch nicht durchsetzen können, daß das Verbot der Durchfuhr von Salz durch Polen nach Rußland aufgehoben wird, selbst gegen Erlegung irgend eines beliebigen Durchfuhrzolles. Während des Festungsbaues von Thorn, vor einigen 30 Jahren, erließ Rußland das Verbot der Ausfuhr von Feldsteinen, nur um diesen Bau möglichst zu erschweren. Dieses Verbot existirt noch heute, wenngleich es durch Geldopfer umgangen wird. Allgemein Bekannteres übergehe ich, obschon ich gerne zugeben will, daß bekannte Erschwernisse des Handels nach Polen dem preußischen Generalkonsulat in Warschau unbekannt sein mögen. Der kaufmännische Stand ignorirt Letzteres fast ganz, er weiß sich anderweitig zu helfen. (BHZ.)

Oestreich. Wien, 4. März. [Tagesnotizen.] Der Kommandirende von Ungarn, Fürst Liechtenstein, soll eine Verstärkung der unter seinen Befehlen stehenden Armee verlangt haben und ihm dieselbe bewilligt worden sein. Auch wurde er bevollmächtigt, im Falle es nothwendig sein sollte, über die Festungen Arad, Temesvar, Peterwardein und Komorn den Belagerungszustand zu verhängen. — In einigen Gemeinden des Aussiger Bezirkes ist bei den Gemeindewahlen der Kaiser Ferdinand als Gemeinderath gewählt worden. — In dem böhmischen Orte Neupaka bei Gitschin hat am 22. Februar Abends 7 Uhr ein kleines Erdbeben die dortigen Einwohner nicht wenig erschreckt. Zuerst wurde in den Zimmern ein Schlag vernommen, als wenn Jemand stark an die Thürklinke anschlagen würde, dann erzitterten die Fenster und Thüren. Die Erschütterung dauerte 10 Sekunden. — Einem Briefe aus Tirol entnimmt die „Oestr. Ztg.“ folgende Notizen: „Zur Ehre dreier Benediktiner Professoren in Meran muß ich erwähnen, daß sie bei den dortigen Gemeindewahlen mit den Liberalen stimmten und den Sieg entscheiden halfen. Schmerling beruhigte die Innsbrucker Bürger durch ein Telegramm über sein Festhalten an den freisinnigen Grundsätzen auch für Tirol, und Baron Hornstein, der Jesuitenfreund und Adjutant des Erzherzog-Statthalters, erhielt von diesem den Auftrag, allenthalben seine Rechnungen abzuschließen. Dies also „das Ende aller Ende“, welches das Innsbrucker Tagblatt schon im Geiste vorhersah.“ — Es ist eine ruthenische Deputation hier angekommen, um dem Staatsminister v. Schmerling eine mit mehreren hundert Unterschriften versehene Adresse zu überreichen, welche sich der polnischen Bevölkerung Galiziens gegenüber durchaus freundlich ausspricht. Die Ruthenen erklären, daß sie zur einigen polnischen Nation, so wie durch Jahrhunderte, auch in Zukunft stehen wollen, daß sie mit ihren polnischen Brüdern in Galizien das gemeinschaftliche Wohl des Landes mit vereinten Kräften zu befördern entschlossen sind. Die Deputation besteht aus Mitgliedern aller Stände und Konfessionen und zählt beinahe 40 Personen. — Im ganzen Galizien ist, wie die „Oestr. Ztg.“ berichtet, eine Leichenfeier für die 1846 ermordeten Polen begangen worden, in Lemberg in den Tagen des 17., 18. und 19. Februar. — Der Jesuitenpater Klinkowström hält Fastenpredigten in der Universitätskirche über das Thema „das Weltgericht“, er warnt insbesondere vor dem Mißbrauch der Redefreiheit, der Fälschung der öffentlichen Meinung und den Verleumdungen und Lügen der schlechten Presse. Er sei weit entfernt, an ein weltliches Tribunal, eine weltliche Gerichtsbarkeit diesfalls zu appelliren, aber die göttliche Gerechtigkeit werde Jene schwer und fürchterlich treffen, welche falsche Lehren und Grundsätze verbreiten, das Volk in seinem Glauben irre machen und Prinzipien aufstellen, welche den ewig wahren, unerschütterlichen des Christenthums und der Kirche widerstreiten. Fürchterlich seien die Strafreden, welche der Heiland den Schriftgelehrten und Pharisäern, welche falsche Lehren verbreiteten, gehalten habe.

Wien, 5. März. [Erläuterungen zum Staatsgrundgesetz.] Die „Presse“ theilt ein den Provinzialblättern zugegangenes „autographirtes amtliches Schriftstück“ mit, welches die neuen Staatsgrundsätze in mehreren Punkten erläutern soll, und den Standpunkt der Regierung darlegt. Dasselbe sagt:

Zur verfassungsmäßigen Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten haben auch die Mitglieder für Ungarn, Kroatien, Siebenbürgen zu erscheinen. Diese kehren nach Erledigung der Reichsangelegenheiten in ihre Landtage zurück. Die sonach in Wien zurückbleibende engere Reichsvertretung für alle außerungarischen Länder übt sofort die legislativen Befugnisse in allen übrigen Gesetzgebungssachen, insofern sie nicht den einzelnen Landtagen von Böhmen, Steiermark, Tirol u. s. w. vorbehalten sind. Auf diese Art wird im Sinne des Artikels III. des Diploms in den Ländern, welche seit einer langen Reihe von Jahren eine gemeinsame Gesetzgebung gehabt haben, diese Einheit auch fernerhin festgehalten, unbeeinträchtigt durch die eigenthümlichen, in der östlichen Hälfte der Monarchie obwaltenden Verhältnisse. Es war unerläßlich, in Bezug auf die Kompetenzbestimmungen für die legislativen Körper von den Grundsätzen des Diploms nicht abzuweichen, und zwar ebensowohl aus dem Grunde, um die Bahn der zu so vielen begründeten und nichtbegründeten Anständen im letzten Jahrzehent Anlaß bietenden Hyperzentralisation entschieden zu verlassen, als auch aus dem unleugbar wichtigen Grunde, daß selbst der Schatten eines Verdachts vermieden werden muß, als beabsichtige die Regierung, die den Ländern der ungarischen Krone am 20. Oktober 1860 gewährten Zugeständnisse in ihrer Wesenheit zu beeinträchtigen. Hieraus fließt, daß und warum die gewiß wohlgemeinten, aber auf dem gegebenen Standpunkte unausführbaren frommen Wünsche der Zentralisationsfreunde nicht berücksichtigt werden konnten, sondern die Kompetenz der Gesammtreichsvertretung auf jene Gegenstände beschränkt werden mußte, welche sich auf die Gesammtmonarchie beziehen, Gesammtinteressen betreffen. Die Interessenvertretung ist weder im Sinne eines Vorurtheils gegen, noch im Sinne eines solchen für die ehemaligen Landstände, und zwar so durchgeführt, daß die gesellschaftlichen Kräfte nach ihrem dermaligen Bestande, gleichviel ob sie älteren oder neuen Ursprungs sind, als politische Faktoren gruppirt sind. Die Aufhebung der konfessionellen Unterschiede, die Berechtigung der Nichtkatholiken zu allen Aemtern, die Ordnung der Protestantenverhältnisse, die Gleichheit vor dem Gesetze, die Aufhebung des Unterthänigkeitsverbandes u. s. w. sind durch bestehende Grundgesetze, wie z. B. das Gesetz vom 7. September 1848 und dergl., bereits sichergestellt, andere sogenannte Grundrechte werden Gegenstand der legislativen Thätigkeit der Vertretungskörper sein, so daß Alles, was in das Gebiet von Einzelrechten gehört, nicht im Wege der Oktroyirung geschaffen wird, sondern aus der verfassungsmäßigen Berathung der Vertretungen hervorgehen soll. Man mußte aus den wichtigsten staatlichen Rücksichten darauf verzichten, in einer einzigen, Alles einschließenden Verfassungsurkunde in der Form, wie sie gang und gäbe ist, die Rechte der Einzelnen und die Organisation des Ganzen zu vereinigen. Das neue Verfassungsgebäude ist auf alle Eventualitäten berechnet. Es ist nicht etwa bloß um momentaner Schwierigkeiten willen aufgeführt, sondern verdankt seine eigenthümliche Beschaffenheit dem Blicke auf Vergangenheit und in die Zukunft.

— [Zum Staatsgrundgesetz.] Die „Presse“ meldet: Die im Anschluß an die Verfassungsgesetze zu gewärtigenden weiteren Verordnungen, deren Publikation einige Tage durch die Verhandlungen mit Baron Vay aufgehalten wurde, werden nun in den nächsten Tagen erscheinen, denn es wird versichert, daß nunmehr der ungarische Hofkanzler Baron Vay die Februarpatente unterzeichnet hat und sein Verbleiben im Amte jedenfalls bis zum Zusammentritt des ungarischen Landtages gesichert scheint. Die nächste Publikation, welche in Aussicht steht, ist die Zusammensetzung des neu errichteten Staatsraths, der an die Stelle des nun aufgelösten ständigen Reichsraths zu treten bestimmt ist. Man berichtet, daß Erzherzog Ferdinand Max Präsident des Staatsraths werden wird, und nennt als Mitglieder vorläufig die früheren Minister Nadasdy, Leo Thun und Thierry, sowie den Hofburgpfarrer Kutschker. Von den Vorlagen, welche für die Reichsvertretung vorbereitet werden, sind die finanziellen die umfangreichsten und das Finanzministerium ist damit bereits beschäftigt. Der wichtigste Theil, die auf die Valutafrage bezüglichen Maaßregeln, wird durch eine vom Finanzminister v. Plener einberufene Fachkommission einer Vorberathung unterzogen werden.

Prag, 3. März. [Reibungen unter den Studirenden.] Unter den Studirenden der hiesigen Universität kommen Reibungen, die ihren Grund in exklusiv-nationalen Bestrebungen haben, immer häufiger vor. Am 27. v. M. wurde unter der Leitung des Dekans, Dr. Brinz, im Karolinum eine Versammlung gehalten, an der sich etwa 300 Studenten beider Nationalitäten betheiligten, und in welcher die Statuten des unlängst von der Statthalterei genehmigten Projekts eines akademischen Gesangvereines berathen werden sollten. Die Versammlung nahm einen sehr stürmischen Verlauf, als die Sprachenfrage berührt wurde; der Dekan Dr. Brinz hatte alle Mühe, die Verhandlungen zu leiten. Die erste Versammlung hatte über drei Stunden gedauert. Als die deutschen Studenten nach ihrer Beendigung ein „Gaudeamus igitur“ anstimmten, antworteten die czechischen Studirenden mit „Kde domov muj“. Tags darauf fand die zweite Versammlung statt, die aber sehr bald durch das schroffe Entgegentreten der beiden Nationalitäten einen so erregten Charakter annahm, daß der Dekan Dr. Brinz die Versammlung auflöste. Es kam zwischen den Studirenden zu den heftigsten Aeußerungen. Das Projekt eines akademischen Gesangvereins, welches die beiden Nationalitäten in versöhnlicher Weise näher bringen sollte, ist nun, da es gerade das Gegentheil zur Folge hatte, als begraben zu betrachten.

Prag, 4. März. [Die Sprachenfrage an der Universität; czechische Zeitschrift.] Der Rektor Magnifikus der hiesigen Universität, Dr. Tuna, hat das Ansinnen der czechischen Studentenschaft wegen Abhaltung einer allgemeinen Studentenversammlung Behufs der Berathung und Absendung einer Ministerialpetition um Einführung der czechischen Sprache als Unterrichtssprache an allen Fakultäten entschieden abgewiesen. Er berief sich dabei auf die Gesetze, welche der Studentenschaft das korporative Recht der Petition nicht zugestehen. Die Studenten beabsichtigen nun, die Lehrkörper der einzelnen Fakultäten zur Initiative in dieser Angelegenheit aufzufordern. Andererseits beabsichtigen die deutschen Studenten, gegen den Rektor Magnifikus die Bitte auszusprechen, daß in sprachlicher Hinsicht an der Prager Universität nichts geändert werden möge, da sie sich sonst genöthigt sehen würden, zur Fortsetzung ihrer Studien andere Lehranstalten zu beziehen. — Großer Jubel unter den Czechen erweckt es, daß einer der böhmischen Hochtories, der junge Fürst Thurn-Taxis, der vor einigen Jahren zum Doktor der Rechte promovirte, unter die czechischen Redakteure gegangen. Er giebt vom April an eine juridische Zeitschrift in czechischer Sprache heraus. Mit seinem politischen Glaubensbekenntnisse steht der edle Sprosse des ehemals reichsunmittelbaren deutschen Fürstenhauses ganz auf Seite des Herrn Rieger-Palacky, so wie er mit einer der Unterzeichner des ultraczechischen Parteiprogramms und fleißiger Mitarbeiter der „Narodni Listy“ ist. (K. Z.)

Pesth, 6. März. [Telegr.] Der Judex curiae und der Tavernikus gehen nach Wien, um zu versuchen, den Kaiser bezüglich des Februarpatents der ungarischen Anschauung günstig zu stimmen.

Arad, 5. März. [Telegr.] Die Generalversammlung des Komitats hat beschlossen, die Komitatsauslagen durch allgemeine Repartirung zu decken, ferner die Landtagsdeputirten anzuweisen, nur nach Pesth zu gehen.

Verona, 1. März. [Verhaftungen.] Der „Sent. Bresc.“ wird geschrieben, daß am 24. Februar bei dem äußersten Fort von Peschiera ein Franzose verhaftet wurde, der, schon einmal wegen mangelnder Ausweispapiere an der Grenze zurückgewiesen, einen zweiten Versuch machte, dieselbe zu Fuß zu passiren und auf die Schildwache, welche sich ihm in den Weg stellte, einen Revolver abfeuerte. Man fand kompromittirende Papiere und verschiedene Landkarten bei ihm. — In Riva di Trento wurden 6 junge Leute aus angesehenen Familien verhaftet, welche im Begriffe waren, zu emigriren. Unter den in Pordenone Verhafteten befindet sich auch der Gutsbesitzer Conte Fenicio.

Bayern. München, 3. März. [Sophie Schröder.] Vorgestern hat im Foyer des königlichen Hoftheaters eine seltene Feierlichkeit stattgefunden: Sophie Schröders, der größten deutschen Schauspielerin, 80. Geburtstag, wurde von dem gesammten Hoftheaterpersonale festlich begangen. Herr Inspektor Schmilt überreichte der großen Jubilarin im Namen Sr. Majestät ein königliches Handbillet nebst einer goldenen Medaille, die Mitglieder der königlichen Hofbühne brachten ihr einen silbernen Pokal auf silberner Platte als Ehrengabe dar; Frau Dahn-Hausmann überreichte ihr ein Album nebst einem Lorbeerkranze und die zu einer Reihe von Gastrollen so eben eingetroffene berühmte dramatische Künstlerin Frau v. Bulyowski überreichte ihr im Namen der Dresdener Hofbühne eine Lorbeerkrone nebst Adressen. Mit tiefster Rührung empfing die greise Künstlerin diese Beweise von Liebe und Verehrung.

Nürnberg, 5. März. [Verbot.] Die Regierung hat die Abhaltung eines allgemeinen deutschen Turnfestes in Nürnberg nicht genehmigt.

Sachsen. Dresden, 5. März. [Gegen den Nationalverein.] Die „D. A. Ztg.“ schreibt: „Der königlich sächsische Bundestagsgesandte nimmt, wie glaubwürdig versichert wird, bei den Berathungen des politischen Ausschusses in Frankfurt a. M. die entschiedenste Stellung gegen den Nationalverein ein. Er ist von Herrn v. Beust instruirt, dahin zu wirken, daß der Nationalverein, im Sinne der großherzoglich hessischen Regierung, auf Grund des Bundesvereinsgesetzes durch einen die Einzelstaaten verpflichtenden Bundesbeschluß unterdrückt werde.“

Nassau. Biebrich, 4. März. [Nationalverein.] Gestern fand hier eine von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins aus Hessen, Frankfurt und Nassau stark besuchte Versammlung statt. Die vorgeschlagenen Resolutionen: 1) Jeder wahrhafte deutsche Patriot muß es als eine Ehrensache ansehen, dem Nationalverein anzugehören; 2) In der Presse und den Kammern auf die Einberufung eines deutschen Parlaments zu dringen; wurden einstimmig angenommen.

Großbritannien und Irland.

London, 6. März. [Telegr.] In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Russell: Die Kronadvokaten haben erklärt, daß die Anfertigung von ungarischen Bankbillets ungesetzlich, eine Verurtheilung aber unwahrscheinlich sei. Aus diesem Grunde habe der östreichische Botschafter, Graf Apponyi, andere Maaßregeln ergriffen.

Frankreich.

Paris, 4. März. [Die Rede des Prinzen Napoleon] hat die Bedeutung eines Ereignisses. Ganz Paris, alle Kreise der Gesellschaft, alle Parteien sind darin einig. Diese Bedeutung konnte durch die Zustimmung, die Persigny in einer Soirée des Präsidenten Schneider aussprach, nur noch erhöht werden. Man war bis dahin geneigt zu glauben, der Prinz mache Politik auf eigene Hand, Persigny's Aeußerungen beurkunden die Uebereinstimmung des Kaisers mit den politischen Ideen seines Vetters. Den Schwerpunkt der Rede findet man weniger in den die italienischen Angelegenheiten betreffenden Stellen, als in den geographischen Erweiterungen, welche der Prinz dem nationalen Grundgedanken der italienischen Revolution gegeben hat. Die ungarische und die polnische Emigration, deren Führer und Sprecher zu den Habitués des Palais Royal gehören, werden nicht versäumen, aus der von dem Prinzen proklamirten Allianz Frankreichs mit den unterdrückten Völkern die praktischen Schlüsse zu ziehen. Es liegt nahe, daß die Rede des Prinzen mit den Ereignissen in Polen in Verbindung gebracht wird. Graf Kisseleff hat es schon früher an Vorstellungen nicht fehlen lassen, und jetzt ist von einem Notenwechsel zwischen Paris und Petersburg die Rede, in dem die in Polen verbreitete Meinung, daß eine Revolution auf die Hülfe Frankreichs rechnen dürfe, diskutirt sein soll. (BHZ.)

— [Die Senatsdebatten.] Die vorgestrige Senatssitzung, obgleich durch mehrere bedeutende Reden ausgezeichnet, hatte doch nicht das parlamentarische Interesse der vorigen. Um so größer war aber das rein politische. Bekanntlich hatten die Debatten ihr Objekt dadurch näher bestimmt, daß fünf Senatoren ein Amendement mit der ausdrücklichen Befürwortung der weltlichen Macht des Papstes vorgeschlagen haben. Der Parlamentsminister Baroche hat nun erklärt, daß die Regierung dieses Amendement zurückweist, und hiermit ist die erste offizielle Verurtheilung der päpstlichen Königswürde von Seiten Frankreichs ausgesprochen. Es war also nicht allein thöricht, zu glauben, der Kaiser habe das parlamentarische Wesen nur ausgedehnt, um antiitalienische Politik treiben und sich Piemont gegenüber hinter der Reaktion seiner Staatskörper verbergen zu können; sondern es ist jetzt klar, daß die französische Regierung noch mehr als das Gegentheil gethan hat, und daß sie die reaktionär-italienischen Manifestationen im Parlamente geradezu bekämpft. Der Marquis von Boissy scheint hier von allen Senatoren zuerst klar gesehen zu haben, denn er faßte sich ein Herz und sagte im naivsten Tone von der Welt, der Herr Präsident des Staatsrathes habe eine „ungeheure Frage“ aufs Tapet gebracht. Nach dem kaiserlichen Dekrete sollen die Regierungskommissarien dem Senate „Aufklärungen geben. Das Dekret sagt nicht, daß sie diskutiren sollen; der Senat würde stets glücklich sein, sie anzuhören, aber“ — Und bei diesem „Aber“ wird er unterbrochen, denn Herr Baroche sieht ihn verwundert an und sagt, das Diskussionsrecht der Parlamentsminister stehe außer allem Zweifel. Die Regierung will also nicht, daß der Senat sich für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes ausspreche, und dies dürfte zur Verwerfung des Amendements genügen. Die erste Rede, die des Kardinals Mathieu, hatte einen äußerst würdigen und der Form nach klassischen Charakter. Es war, als ob dieser Kirchenfürst dem Vorwurfe der Presse: daß der Klerus sich in seiner Sprache nicht zu mäßigen wisse, ausweichen wollte. Er nannte nichtsdestoweniger die Rede des Prinzen Napoleon „den Umsturz aller bisher anerkannten Prinzipien“. Ferner sagte der Kardinal: „Ich fühle, daß ich erblasse, wenn ich daran denke, daß unsere Fahne dieser Tragödie unthätig beigewohnt hat, wo mehr als eine Monarchie, wo der Glaube der Nationen zu Grabe getragen worden ist.“ Und er schloß damit: „Wir haben bisher geglaubt, daß man die Verträge nicht durch die Gewalt zu unterdrücken suchen dürfe; wir haben geglaubt, daß das Streben, Italien zu Hülfe zu kommen, nicht seine Einheit zum Zweck hat; wir haben geglaubt, daß die weltliche Macht des Papstes, die durch so viele Versprechungen garantirt worden ist, ein ernstlich verfolgter Zweck sei; wir haben geglaubt, daß Rom die Hauptstadt der christlichen Welt bleiben wird. Heute fallen alle diese Illusionen.“ Hieraus geht nun deutlich hervor, daß der hohe Klerus die weltliche Macht des Papstes bereits für völlig verloren hält. Sehr bemerkenswerth sind die Aeußerungen des Kardinals Donnet. Er sagte gleich zu Anfang, er und der Senat seien verurtheilt gewesen, während zwei Stunden Alles, was er bisher für heilig gehalten hat, verdammen zu hören. Er hob hervor, daß die Räumung Roms von Seiten Fraankreichs zwar nicht die Kirche, aber die ganze Organisation der Kirche ruiniren würde. Was man für Eigensinn des Papstes erkläre, das gerade bewundere er, denn es sei ein großes Schauspiel, mitten im Verlassen aller Grundsätze einen schwachen Greis allein der Gewaltthätigkeit widerstehen zu sehen. Diese Rede, die in Inhalt und Form gleichfalls sehr gemessen war, ist nicht ohne Eindruck geblieben. (Pr. Z.)

— [Tagesbericht.] Die Minister haben sämmtlich dem Prinzen Napoleon Besuche gemacht. Die Rede, welche dieser im Senate gehalten, wird besonders abgedruckt und in allen Departements, wie auch in Italien vertheilt werden. Sein Schwiegervater, Victor Emanuel, hat ihm durch den Telegraphen einen langen Danksagungsbrief zugehen lassen. — Es haben sich verschiedene Senatoren bei Herrn Troplong über die Beurtheilung beschwert, die ihren Reden durch die Presse zu Theil werde. Man hat sie abgewiesen. — Zambianchi, der so lange wegen beabsichtigten Einfalls in die Marken von dem sardinischen Ministerium gefangen gehalten worden war, ist aus Italien verbannt worden. Er befindet sich auf der Durchreise nach Amerika eben hier in Paris. — Herr Thouvenel hat dem französischen Konsul in Warschau, Herrn de Segur Dupeyron, seine vollkommene Zufriedenheit über dessen neutrales Verhalten während der letzten unruhigen Auftritte ausdrücken lassen. — Graf Tascher de la Pagerie, ein Vetter des Kaisers, ist so schwer erkrankt, daß man ihm bereits das Abendmahl reichen mußte. — General Tournemine ist in Saint-Germain-en-Laye im Alter von 73 Jahren gestorben. — Die Broschüre von Louis Veuillot ist, unter dessen Namen, heute in Paris bei Gaume Frères unter dem Titel: „Le Pape et la Diplomatie“, erschienen. Dieselbe ist vier Bogen stark. Die Schrift schließt mit der ablehnenden Antwort Persigny's auf Veuillots Gesuch um Erlaubniß zur Herausgabe eines neuen Blattes. — General Chrzanowski, welcher 1831 Generalstabschef der polnischen Armee war, ist in Paris gestorben. Nach seiner Verbannung trat er als Generallieutenant in englische Dienste und machte 1849 als Oberbefehlshaber der piemontesischen Armee den Feldzug gegen Oestreich mit.

— [Die polnische Bewegung.] Den Ereignissen in Polen legt man hier die größte Wichtigkeit bei und schenkt ihnen alle Sympathie. Die halbamtliche „Patrie“ widmet der dortigen Bewegung einige sehr freundschaftliche Worte. Ihr zufolge hat dieselbe einen sehr ernsten Charakter; sie hat ihr Entstehen keinem Zufalle zu verdanken, sondern sie ist durch eine permanente Ursache hervorgerufen worden. „Was wollen“, sagt sie, „die des Interesses so würdigen polnischen Bevölkerungen, die seit so langer Zeit die edelsten und sympathischsten Gefühle erweckt haben? Wollen sie eine Revolution? Nein, gewiß nicht. Sie verlangen die ihnen durch die Verträge von 1815 sicher gestellte und seit 1831 aufgehobene Verfassung.“ Die „Patrie“ hofft, daß der junge Monarch diesen Wünschen nachkommen werde; denn die Ereignisse in Warschau seien keine Emeute, die man im Blute erstické. Zu Warschau gebe es kein im

Aufstande begriffenes Volk, das um Rache schreie, sondern nur Bevölkerungen, die Gerechtigkeit verlangten. Wie die hiesigen halboffiziellen Blätter melden, herrscht auch in Galizien große Aufregung. Die Zentralversammlung habe jedoch beschlossen, den Reichstag in Wien zu beschicken. Rußland soll übrigens jetzt auch eine Verfassung erhalten. Wenigstens versichert die „Patrie“, daß die russische Regierung daran denke, eine Verfassung auszuarbeiten, deren Hauptelement eine Versammlung sein werde, deren Sitz Petersburg sein und worin alle Provinzen repräsentirt werden sollen.

— [Aus dem gesetzgebenden Körper.] Im gesetzgebenden Körper entspann sich vorgestern über das Protokoll der Sitzung vom 25. Februar ein kleines Gefecht. Picard hatte damals gesagt, in Paris pflegten die Wähler immer erst am zweiten Wahltage (Montag) ihre Stimmen abzugeben, weil sie der „gefährlichen Nacht“ mißtrauten, in welcher ja ihre Zettel aus der Urne durch irgend einen bösen Zauber verschwinden könnten. Der Minister Billault war dann so gütig gewesen, eine witzige Anspielung auf die von Blaumontagswählern gewählten Pariser Deputirten zu machen. Nun hatte aber das „Siècle“ gerade diese Stelle des Moniteurberichtes (24 Zeilen) nicht mit abgedruckt. Darüber beschwerte sich nun vorgestern Baron Ravinel. Emil Ollivier erklärte darauf, das sei, wie er erfahren habe, nicht in böser Absicht geschehen, sondern nur ein Druckfehler gewesen; übrigens bedauere er diese Auslassung nicht nur, sondern er sei auch „betrübt“, daß die Worte des Herrn Ministers ohne Portefeuille nicht vollständig in die Oeffentlichkeit gekommen seien, die ihnen ihr Recht hätte widerfahren lassen“. (Lärm und Bewegung.) Granier de Cassagnac fragt, was man gegen das „Siècle“ thun solle, worauf ihn der Präsident bedeutet, daß die Versammlung nicht dazu da sei, die Fehler der Zeitungen zu kontroliren; sein Recht gehe nicht weiter, als die Berichte für den „Moniteur“ verfassen zu lassen; was andere Zeitungen mit diesen offiziellen Berichten machen, gehe ihn gar nichts an; das sei Sache der Regierung. Sodann zeigte der Präsident an, daß er vom Staatsminister das Budget für 1862 erhalten habe: eine Berathung im geheimen Komité darüber sei wohl nicht nöthig; denn „das Budget ist ja, Gott sei Dank, bekannt genug (Gelächter), weil es alle Jahre wiederkommt“.

Paris, 5. März. [Aus dem Senat; die Mirès'sche Affaire.] In der gestrigen Senatssitzung griff der Marquis v. Boissy England wegen der Paßfrage an und verursacht Murren und Unterbrechung. Der Minister Billault verwirft die auf einen Krieg mit England gerichteten Bestrebungen, denn die Allianz mit England werde noch lange Zeit die beste Kombination für die Freiheit und die Interessen des Friedens bleiben. Dupin spricht von den letzten finanziellen Aergernissen. Graf Siméon versucht seine Theilnahme an der Verwendung der Kasse für die Eisenbahnen zu rechtfertigen. Der Minister Billault erklärt, die Regierung schließe sich den sittlichen Empfindungen an, die Hr. Dupin kundgegeben habe. Die Regierung habe eine strenge Untersuchung veranlaßt: sie wolle, daß die etwaigen Schuldigen entdeckt und verurtheilt würden. Der Präsident macht darauf aufmerksam, wie aus den beregten Vorfällen die Lehre hervorgehe, daß die Senatoren die Theilnahme an ähnlichen Unternehmungen vermeiden müssen. Der Prinz Napoleon fügt hinzu, daß nicht allein die Senatoren, sondern auch die hohen Staatsbeamten der Theilnahme an solchen Unternehmungen sich enthalten müssen. Die vier ersten Paragraphen der Adresse werden angenommen. — In der Legislativen hat Favre ein Amendement, betreffend den Rückzug der Franzosen aus Rom, eingebracht. — In dem bereits telegraphisch angezeigten Bericht des Justizministers an den Kaiser, betreffend die Affaire Mirès, sagt Delangle, der Kaiser habe in dem Moment, wo der Prozeß anfing, über das Verfahren der Richter folgendermaßen sich geäußert: „Ich will, daß in dieser traurigen Angelegenheit die Justiz bis auf den Grund der Sache gehe, und zwar mit Entschlossenheit und ohne jede persönliche Rücksicht. Wenn der Verdacht gegenwärtig auf Allen ruht, so werden Unschuldige durch eine allgemeine Anklage kompromittirt, welche die Schuldigen nicht bezeichnet. Es ist unerläßlich, daß Licht verbreitet wird.“

Paris, 6. März. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ theilt mit, daß die Zinsen der Schatzscheine um ½ Proz. erhöht worden sind. — In der gestrigen Sitzung des Senats verweigerte Billault wegen der stattfindenden Verhandlungen Erklärungen über die syrische Angelegenheit und sagte, die Konferenz werde nächstens zusammentreten und es sei Hoffnung vorhanden, daß das Mandat der Pazifikation auch fernerhin Frankreich verbleiben werde.

Italien.

Turin, 28. Febr. [Die venetianische Emigration.] Die Schwierigkeiten, von denen die venetianische Frage umgeben ist, und die angekündigte Vertagung derselben über den nächsten Frühling, wahrscheinlich auch für das ganze laufende Jahr, haben eine große Aufregung unter der zahlreichen venetianischen Emigration hervorgebracht. In Genua haben einige zu dieser Emigration gehörige Arbeiter letzthin Unordnungen veranlaßt, die das Einschreiten der Behörden nothwendig machten. Jetzt denkt die Regierung daran, die vielen mittellosen Individuen, die zu jener Klasse gehören, unterzubringen. Man hat ein freiwilliges Engagement für die Bildung eines Bataillons mobiler Nationalgarde zu Novi eröffnet, und sucht die Waffenfähigen zum Eintritt in dasselbe zu bewegen. Ein Stamm solcher Emigrirten wurde zu Aosta zusammengezogen und ein anderer soll zu Morbegno errichtet werden. Indessen verschlimmern sich die Zustände in den venetianischen Provinzen täglich, und man soll dort eine Steuerverweigerung zu organisiren suchen.

— [Exzesse in Massa.] Die „Donau-Zeitung“ schreibt: „In Massa (Herzogthum Modena) hat der diesjährige Karneval eine ganz eigenthümliche Verlängerung um zehn Tage erfahren. Als daselbst die Nachricht vom Falle Gaëta's eintraf, drang eine Pöbelrotte vor den Palast des Bischofs und forderte die Abhaltung eines Hochamtes. Der Bischof verweigerte dies, und weder die Steinwürfe, welche alle Fenster des Hauses zerschmetterten, noch die Flintenschüsse, welche die angeblich zur Aufrechthaltung der Ordnung herbeigekommene Nationalgarde in das Innere der Wohnung abfeuerte, vermochten den Prälaten von seiner Weigerung abzubringen. Der Pöbel mußte abziehen und sich mit einem seit langer Zeit mit Interdikt belegten Priester begnügen, der sich zur Abhaltung eines Hochamtes herbeiließ und dafür im Triumphe in den Straßen umhergetragen wurde. Das souveräne Volk improvisirte sodann einen Ball im Theater und dekretirte die erwähnte Verlängerung des Karnevals, die auch alles Ernstes stattfand.

— [Die venetianische Emigration.] In Folge der Aenderungen, die in den Statuten der venetianischen Emigration eingeführt wurden, ist jedes der in verschiedenen italienischen Städten bestehenden 19 Komité's ermächtigt, einen Verwalter zu wählen, der die Beschlüsse des Komité's, von dem er abhängt, zu vollziehen hat. In den größeren Städten werden drei solcher Vertreter ernannt. Das in Turin befindliche Zentralkomité besteht aus den Herren Tecchio, Cavaletto, Avesani, d'Onigo, Liparachi, Meneghini und Giustiniani, das Mailändische aus den Herren Correr, Manci, Sartorelli, Fortis und Luciani.

Turin, 2. März. [Personalien.] General-Lieutenant Chiodo, im Jahre 1849 Kriegsminister, ist hier gestorben. — General Menabrea ist zum Oberkommandanten des italienischen Geniekorps ernannt worden. — Klapka soll morgen von hier abreisen. Er begiebt sich vorläufig wieder nach Genf. Dagegen wird Kossuth gegen den 15. d. erwartet; er geht nach Mailand.

Genua, 28. Februar. [Marinerüstungen.] Die erste für die sardinische Regierung gebaute Panzerfregatte, welche am 17. Februar in La Seyne bei Toulon vom Stapel lief (der Bau war im September begonnen worden), wird binnen Kurzem ihre aus 32 Achtzigpfündern bestehende Ausrüstung erhalten und nach Genua gebracht werden. Sie bekam den Namen „Terribile“ und kostete 1,700,000 Fr. Die Segelfregatte „S. Michele“, welche um 30 Schuh verlängert und in ein Schraubenschiff umgestaltet wurde, wird ebenfalls nächstens vom Stapel laufen. Auch der „Governolo“ und einige Schiffe der neapolitanischen Marine wurden umgestaltet, und an den zwei großen Fregatten, deren Bau vor nicht langer Zeit auf dem hiesigen königlichen Werfte begonnen wurde, wird mit allem Eifer gearbeitet. Endlich sollen noch auf den Werften von Neapel und Livorno einige Kriegsschiffe gebaut werden.

Rom, 26. Febr. [Auflösung der Fremdenkorps; Ausweisungen.] Es ist ernstlich in amtlichen Kreisen von der Auflösung der Fremdenkorps die Rede. Zuerst würde man mit den belgisch-französischen Zuaven beginnen, dann käme das zumeist aus Oestreichern bestehende deutsche Bataillon an die Reihe. Wirklich sind beide Truppenabtheilungen aus ihren Kantonnirungen in der Umgegend herbeigerufen. Die einheimischen Truppen sollen einstweilen bleiben. — Die Anstifter der letzten Demonstration wegen der Einnahme Gaëta's sind ausgewiesen. Als sie nach Civita Castellana kamen, das nun piemontesisch ist, zog man ihnen mit klingendem Spiel entgegen und gab ihnen auf Kosten der Stadt ein glänzendes Bankett. Auch in Civita Vecchia sind wegen der Besiegung der Königlichen in Gaëta außerordentliche Kundgebungen der Freude laut geworden, und in Folge derselben kam es mit den päpstlichen Gendarmen zu Händeln und Blutvergießen. Die Schuldigsten mußten gleichfalls ins Exil wandern. (K. Z.)

Rom, 1. März. [Erklärung des Papstes.] Die „Triester Ztg.“ meldet: „Authentischen Berichten aus Rom zufolge hat die letzte Flugschrift des Staatsrathes Laguerronnière so wenig den heiligen Stuhl zum Nachgeben gestimmt, daß der päpstliche Nuntius Msgr. Sacconi, welcher schon auf dem Punkte stand, wieder auf seinen Posten zurückzukehren, alsogleich Gegenbefehl erhielt. Pius IX. hat in der feierlichsten Weise dem Herzoge von Grammont erklärt, daß er lieber gleich seinem Vorgänger Pius VII. den Wanderstab des Exils nehmen wolle, als jemals die Weltstadt den Umtrieben Piemonts Preis zu geben. Der Kaiser der Franzosen möge, wenn er es für gut finde, seine Truppen abberufen und den heiligen Stuhl wehrlos lassen; aber der Papst werde seiner Mission bis zum letzten Lebenshauche treu bleiben und niemals mit den anerkannten Feinden der Kirche paktisiren. Keine Macht in der Welt werde den heiligen Vater bewegen, dazu seine Einwilligung zu geben, daß neben dem Grabe des Apostelfürsten der Re galantuomo seinen Thron als alleiniger Herrscher von Italien aufschlage. Verweise man daher in das Reich der Märchen jedes Gerücht, laut welchem der Papst neuen Anträgen von Seiten Piemonts ein geneigteres Ohr zu leihen Willens wäre.“

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus Rom, 26. Februar, wird berichtet: In voriger Nacht ist die Royalistenkolonne, welche von den Grafen Christen und Coatandon befehligt wurde, aus den Abruzzen hier angekommen. Sie wurde in der Kaserne San Sisto Vecchio einquartiert. — Im Laufe dieser Woche haben große Unordnungen an der Universität stattgefunden. Die Studenten vertheilten dreifarbige Kokarden und riefen, trotz der anwesenden zahlreichen Wachen: „Es lebe die italienische Einheit! Es lebe Victor Emanuel!“ In Folge hiervon wurden 12 Studenten ausgewiesen und mehrere verhaftet. Das Nationalkomité hat eine neue Proklamation erlassen, worin es die Römer zur Ruhe ermahnt und sie bittet, sich bis zur baldigen Befreiung zu gedulden. — Vier Kompagnien französischer Jäger sind gestern von Rom nach Frosinone, Ceprano und Veroli abmarschirt. Das ganze gegenwärtige päpstliche Gebiet befindet sich demnach in den Händen der Franzosen.

Aus Neapel, 23. Febr., meldet die „Triester Ztg.“: „Der Bischof von Avellino, Msgr. Gallo, welcher den Pfarrern seiner Diözese verboten hatte, ein Tedeum zu singen oder durch irgend einen anderen Akt ihren Anschluß an die Regierung Victor Emanuels kundzugeben, erhielt Befehl, binnen 48 Stunden nach Turin abzureisen.“

Eine Depesche aus Neapel vom 2. März meldet, daß die letzten neapolitanischen Truppen am 1. Gaëta verlassen haben. Sie werden (es sind ihrer ungefähr 9000) auf den Inseln Ischia, Nisida, Capri und Procida internirt, wo sie bis zur Uebergabe von Messina und Civitella del Tronto bleiben werden. Da sich Alle weigern, Dienste in der sardinischen Armee zu nehmen, so werden sie später in ihre Heimath entlassen werden.

In Sicilien ist die Statthalterschaft wieder aufgelöst und Hr. Michele Amari ist damit beschäftigt, sie wieder neu zu bilden. Einige Mitglieder hatten schon bei Gelegenheit der Wahlen ihre Entlassung eingereicht, die andern sind jetzt nachgefolgt. Es scheint, daß Sicilien nur mit Widerstreben die Organisationsgesetze, wie sie im übrigen Italien eingeführt worden, annehmen will. Besonders das Gesetz über die Militäraushebung und die Einführung der italienischen Strafgesetze haben einigen Widerstand gefunden.

Rußland und Polen.

Warschau, 4. März. [Zu den Unruhen.] Man würde der polnischen Aristokratie Unrecht thun, wenn man ihr direkt die Erregung der neuesten Unruhen zur Last legte. Wir glauben, daß der Graf Zamoyski aufrichtig bemüht gewesen ist, die Verhandlungen des landwirthschaftlichen Vereins in den Grenzen ihres eigentlichen Zweckes zu erhalten. Die polnische Aristokratie hat sich gewiß redlich bemüht, in allen polnischen Landen den Haß und das Mißtrauen gegen die Regierungen zu schüren; aber sie will keine Straßenemeuten, deren Erfolglosigkeit sie voraussieht. Was sie will, ist die Aufregung und die Bereitschaft zum Aufstande, der aber erst ausbrechen soll, wenn die äußeren Verhältnisse gewisse Aussicht auf Erfolg geben, also etwa, wenn eine französische Armee in Deutschland steht oder Oestreich in Trümmer stürzt. Der polnische Adel hat sich vollständig den italienischen zum Muster genommen und, wie es diesem gelang, unter hochherzigen und überaus höflichen Redensarten Mazzini aus allem Einflusse, wenigstens zur Zeit, hinauszukomplimentiren, so hofft auch jener, mit ähnlichen Mitteln seiner Zeit Mieroslawski sich vom Halse zu schaffen und die Zügel der neuen Umwälzung in den Händen zu behalten. Wenn nun dennoch Aufstände beginnen, ehe den aristokratischen Leitern die Zeit gekommen zu sein scheint, so ist das eben ein Zeichen, daß die anderen Kräfte, welche ganz andere Pläne hegen, als der der Kirche ergebene Adel, sich zu regen beginnen. Und das ist auch in dem preußischen Polen bereits bemerkt worden. Polnische Edelleute in der Provinz Posen beklagen sich über den eigenen störrischen Sinn gegen den Adel bei den Komorniks und den Bauern, und es ist kein Geheimniß, daß ein großer Theil der jüngeren und ärmeren polnischen Geistlichkeit an Mieroslawski und den sozialistischen Ideen hängt. Es mag gelingen, die Massen in den Aufstand gegen die Regierungen zu ziehen, der Kampf um die Herrschaft unter den Parteien wird demnächst aber ein sehr schwerer werden, und da die Kühnheit und Aufopferung auf Seiten derer, welche nichts zu verlieren und nichts zu opfern haben, größer sind, so dürfte der Adel in Polen einst schwer bereuen, seine und seiner Familienexistenz auf das Spiel gesetzt zu haben. (N. P. Z.)

Die „Bresl. Ztg.“ berichtet noch aus einem Privatbriefe, dessen Absender wohl kaum ganz objektiv die Lage auffaßt: Im Anschlusse an unsere Mittheilungen über das am 2. d. stattgehabte Leichenbegängniß der bei den Unruhen Gefallenen lassen wir noch einige, die allgemeine Situation charakterisirende Details folgen. Niemals hatte die Geschichte Polens ein solch eklatantes Beispiel von Eintracht aller Parteien, aller Stände und Konfessionen aufzuweisen, als bei diesem Anlaß. In dem wahrhaft imponirenden Leichenzuge waren, außer den Beamten, sämmtliche Berufsklassen vertreten, vom Bauer und Arbeiter bis zur Elite der Gesellschaft, die Schulen vom Kindlein Jesu (Findelhaus) bis zur Akademie, die katholische, lutherische und jüdische Geistlichkeit in feierlichen Amtstrachten, und die verschiedensten Korporationen in schönster Harmonie vereint. Nur ein Augenzeuge vermag zu fühlen, wie aufrichtig, innig und herzlich der Geist der Brüderlichkeit war, der sich in dieser an 100,000 Köpfe starken Menschenfluth kundgab. Die polnische Aristokratie scheint jetzt ihre Vorurtheile von ehemals abgelegt zu haben, und sie begrüßte wohl zum ersten Male das Erscheinen des Oberrabbiners bei dem Leichenkondukte mit einer gewissen Feierlichkeit. Daß Deutsche, wie Schlenker, und Juden, wie Mathias Rosen, zu allen Komité's, deren Bildung der Augenblick erheischt, hinzugezogen, so wie auch, daß der Rabbiner zum Unterschreiben der Adresse eingeladen worden, ist bekannt. So haben wenige Tage hingereicht, die 30jährige Arbeit der Entzweiung und Trennung wie mit einem Schlage zu vernichten.

Briefe und Reisende aus Warschau schildern, wie man der „Sp. Z.“ schreibt, die Stimmung der Bevölkerung als eine überaus erbitterte, und meinen, daß nur die imposante Stärke der Garnison und die auf die Stadt gerichteten Feuerschlünde der Alexanderfeste den Ausbruch eines neuen Aufstandes zurückhalten. Uebrigens ist das russische Element in Polen, trotz aller Versuche, es einzubürgern und zu mehren, sehr schwach. Unter den nahezu 4,800,000 Zivil-Einwohnern des Königreichs befinden sich höchstens 6000 der russischen Nationalität Angehörige (davon 2000 in Warschau), also nur etwa $1/800$ der Gesammtziffer. (?)

Warschau, 4. März. [Jahresfeier der Thronbesteigung.] Heute ist in den hiesigen Zeitungen von den Ereignissen der letzten Tage nicht weiter die Rede. Sie melden dagegen, daß gestern der Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers Alexander durch entsprechenden Gottesdienst in den Kirchen der Hauptstadt gefeiert worden ist, daß um halb 11 Uhr Vormittags der Statthalter Fürst Gortschakoff in den Zimmern des Schlosses „die höhere Geistlichkeit, die Generale, die fremden Konsuln und die hiesigen Würdenträger“, empfangen hat, und daß Abends die Stadt zur Feier des Tages illuminirt war. (Pr. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 1. März. [Militärisches; Admiral Dahlerup.] Nach „Faedrelandet“ werden in Frederiksvaerk und beim Eisengießer Gamst gezogene Kanonen angefertigt. Auch auf dem Holm ist man mit Anfertigung von Kanonen für die Flotte beschäftigt. — Mit dem Dampfschiffe „Hamlet“ soll in der vorigen Woche in Helsingör eine zwölfpfündige geriffelte Kanone angelangt sein, welche als Geschenk Königs Karl XV. an König Frederik VII. bestimmt ist. Dieselbe ist von dem bekannten Engström in der Kanonengießerei zu Finspang angefertigt. — Der bereits früher in östreichischen Diensten gewesene Admiral Dahlerup ist am Donnerstage in Folge einer Aufforderung des Kaisers Franz Joseph nach Oestreich zurückgekehrt. Man vermuthet, daß die Leitung einer Reorganisation der östreichischen Marine dem Admiral übertragen werden wird.

Kopenhagen, 5. März. [Telegr.] Nach „Dagbladet“ wird die dem Reichstag zur Revision vorzulegende Gesammtverfassung den holsteinschen Ständen mitgetheilt werden. Der König ernennt die Mitglieder des Reichsraths und der Ersten Kammer in unbeschränkter Anzahl auf Lebenszeit. Die Anzahl der Mitglieder der Zweiten Kammer wird auf die Hälfte reduzirt. Der Reichsrath hat das Recht der Interpellation und der Initiative. Falls die holsteinschen Stände diese Vorschläge zurückweisen, soll ein Provisorium eintreten. Während dieses Provisoriums soll Holstein die größte Selbständigkeit gewährt sein. Zu den Gesammtstaatsangelegenheiten gehören nur: Königliches Haus, Diplomatie, Flotte, Zölle und Post. Die holsteinschen Truppen garnisoniren in Holstein. Alle gemeinsamen Gesetze sollen dem Reichsrathe und den Ständen vorgelegt werden. Letztere haben das Recht, die vorgelegten Gesetze zurückzuweisen. Das den Ständen vorzulegende Verfassungsgesetz giebt Holstein sehr wesentliche, bisher entbehrte Freiheiten, namentlich die Religionsfreiheit. Die Regierung ist über-

haupt zu der Erklärung bereit, jede anderweitige Freiheit in holsteinschen Sonderangelegenheiten einräumen zu wollen. (S. o. die Dep.)

Asien.

Hongkong, 16. Januar. [Lord Elgin; die Rebellen in Wusung.] Lord Elgin schickt sich zur Heimfahrt nach England an, was als ein Beweis betrachtet wird, daß er vorerst keine weiteren Schwierigkeiten in der Durchführung des Vertrages von chinesischer Seite besorge. — In Hongkong ist durch einen aus Schanghai angekommenen Privatdampfer das Gerücht verbreitet worden, daß Wusung, an dem Zusammenfluß des gleichnamigen Flusses mit dem Yangt-se-kiang gelegen und früher der Ankerplatz aller fremden Fahrzeuge, durch die Rebellen besetzt worden sei. Da sie anfingen, die Bewohner des Ortes ohne Unterschied des Geschlechts und Alters niederzumetzeln, hätten sich die Franzosen aus Menschlichkeitsrücksichten ins Mittel gelegt, würden sich aber weiter nicht in die politischen Angelegenheiten der Rebellen einmischen.

Amerika.

Newyork, 21. Febr. [Arkansas; Gräuel in Mexiko.] Arkansas hat sich gegen die Abhaltung eines Konvents ausgesprochen. — Aus Monterey in Mexiko läuft die Nachricht ein, daß Mejia an der Spitze von 2000 Mann in Riverde eingerückt war, 200 Menschen niedergemetzelt und die Stadt verbrannt hatte.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 6. März. [21. Sitzung.] Das Haus fährt in der Generaldiskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer fort. Die Diskussion wird gleich auf §. 3 ausgedehnt und es nimmt zuerst das Wort Abg. Rosenberg-Lipinski: Er spricht gegen die Grundsteuerausgleichung, aber für die Aufhebung der Privilegien. Die Gründe gegen erstere seien zu bekannt, als daß sie noch einer Erwähnung bedürften; das aber sei noch hervorzuheben, daß jeder Steuerausgleichung eine Prüfung der Steuerkraft vorhergehen müsse, weil sonst jene Ausgleichung nie Wahrheit werden könne. Es sei grundfalsch, dadurch eine Ausgleichung in den Steuern für die verschiedenen Provinzen herbeiführen zu können, daß dieselben mit gleichen Prozentsätzen bedacht würden, da z. B. eine Steuer von 25 Prozent in Schlesien nachweisbar viel drückender sein würde, als in der Rheinprovinz. Der Redner fordert schließlich das Haus auf, recht und billig in seiner Auffassung der Grundsteuerausgleichung zu sein, sie also, wie die Vorlage sie aufstellt, abzulehnen. — Abg. Behrend (Danzig) motivirt, warum er, obgleich seine Auffassung über die Angelegenheit eine von der Regierung verschiedene ist, dennoch für das Gesetz stimmen wird. Bei keiner Steuer sind die Folgen derselben gleich beim Auflegen abzusehen und es ist nicht möglich, vorherzubestimmen, daß Ueberbürdungen nicht vorkommen werden. Die Voraussetzung, daß man die Steuer jetzt bewilligen könne, da ja die Regierung bei der Veranlagung kein Interesse mehr habe, ist eine falsche; keine preußische Regierung wird von anderen Motiven als denen der Gerechtigkeit geleitet werden und es ist ganz gleichgültig, ob sie bei der Veranlagung interessirt ist oder nicht. (Die Unruhe im Hause erschwert das Verständniß im Zusammenhange trotz der so deutlichen Aussprache des Redners.) Die bedeutendere Seite der Entwürfe sei die, daß die Ausgleichung eine finanzielle Maaßregel ist. Eine erhebliche Steigerung der Staatseinnahmen sei nicht vorauszusehen, wie dies der Finanzminister hofft. Es liege ein verfassungsmäßiger Zwang zur Ausgleichung vor, und es sei zu wünschen, daß der Liberalismus im Westen und Osten einig in dieser Angelegenheit sei und der Provinzialismus endlich aufhöre. Die östlichen Provinzen bieten den westlichen die Hand dar, mögen sie dieselbe annehmen. — Abg. v. Fock hält die Aufhebung der Steuerexemptionen und die Ausgleichung der Steuern nach der Verfassungsurkunde für durchaus nothwendig, ohne den Modus billigen zu können, den die Vorlage für die Ausgleichung aufstellt. Die Nothwendigkeit der Ausgleichung sei schon 1817 anerkannt worden, aber auch das Bedürfniß größter Vorsicht in der Ausführung. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Ausgleichung der Grundsteuer nach der Vorlage die Grundbesitzer der alten Provinzen sehr hart treffen werde, die durch manche Leistungen, wie für Kirchen und Schulen, nicht gering in Anspruch genommen würden. Gehe man auf das Jahr 1848 zurück, so werde man zugeben müssen, daß die Mißstimmung auf dem Lande sich besonders da zeige, wo die Grundsteuer die Besitzer stark belastete, und daraus möge man eine Warnung entnehmen. Eine Grundsteuer sei zulässig, ja nothwendig, aber es werde sich empfehlen, diese in weise bemessener Grenze zu bestimmen. Es sei der Zusammenhang der Steuervorlage mit der Militärvorlage ersichtlich, aber dadurch dürfe man sich nicht bestimmen lassen, die erstere nur mit Rücksicht auf letztere zu erledigen. Auch die Regierung werde sich der Nothwendigkeit nicht verschließen können, in der Ausführung der Steuerausgleichung durch weise Rücksicht sich leiten zu lassen.

Abg. Schellwitz hebt als besonders nothwendig hervor, daß vor Ausgleichung der Grundsteuer eine gewissenhafte Abschätzung der Leistungsfähigkeit erfolgen müsse, wobei die Repartition der Leistung zu Gemeindezwecken zu berücksichtigen sei. Nur auf diesem Wege sei die Menge der Reklamationen zu mindern, die einer Grundsteuerausgleichung jedenfalls folgen werde. Der Redner führt dann noch, unter Hinweis auf Rentenbanken und ähnliche Institute, im Besondern aus, vor welchen Irrungen man sich zu hüten habe, wobei er auf Einzelnes in den Ausführungen vorhergegangener Redner zurückkommt. — Abg. Dr. Waldeck bedauert den Kampf um eine so einfache Sache. Ich halte mich an die Vorlage von 1848, vom Minister v. Auerswald eingebracht, und wären damals die zwei Gesetze angenommen worden, dann ständen wir heute nicht zurück vor allen Staaten Europa's. Man hat für nothwendig gefunden, die bisher festgehaltene Grundlage zu verlassen, weil man die Kataster nicht anfertigen wollte. Bedauerlicherweise habe man unter der Last der Arbeit die einfachen Prinzipien fast ganz aufgegeben. Ich halte die Frage für so wichtig, daß ich gern die Hand biete zu der heute vorgeschlagenen Lösung. Aber das Gesetz wird vorgelegt, ohne daß die Organisationsgesetze existiren; existirte die Kreis- und die Gemeindeordnung, wie dies eigentlich sein müßte, man würde bessere Organe zur Veranlagung haben. Auf den §. 3 übergehend, so finden sich darin 2 Punkte, die Kontingentirung der Grundsteuer, die sich konstitutionell nicht vertheidigen läßt, und die Vertheilung derselben. Aber auch mit der Kontingentirung von 10 Millionen würde ich mich einverstanden erklären, um nur etwas zu Stande zu bringen, aber es steckt darin eine finanzielle Maaßregel, die Erhöhung der Grundsteuer, und dazu kann ich mich auf 4 Jahre hinaus nicht verstehen. Wird mit dieser Maaßregel die Militärreorganisation in Verbindung gebracht, so ist das nicht zu billigen. Welches wird die politische Lage im Jahre 1865 sein? Wer vermag das zu sagen? Wie kann das jetzige Haus formell berechtigt sein, ein Finanzgesetz pro 1865 festzustellen? Ich würde die Modifikation vorschlagen, die Summe von 10 Millionen auf 8,500,000 Thlr. herabzusetzen mit dem Hinzufügen, daß eine spätere Volksvertretung je nach Bedürfniß die fehlenden 1½ Mill. gewähren könnte. — Der Reg. Kom. Meinecke: Nicht erst die Verfassungsurkunde, sondern schon das Edikt von 1810 bestimmt die Ausgleichung und die Aufhebung der Befreiungen; dann aber ist das Gutachten des Staatsraths von 1820 maaßgebend. Was den Art. 101 der Verfassungsurkunde betrifft, so ist dabei das Patent von 1848 zu berücksichtigen, welches die gleichmäßige Katastrirung im ganzen Staat deutlich ausspricht. Eine Ausgleichung durch andere Steuern ist nicht möglich. Es ist nicht möglich, aber jedenfalls unmöglich, den Reinertrag nach Gemeinden sofort definitiv festzustellen. Die Gegengründe des Abg. Waldeck sind auch nicht stichhaltig, denn selbst innerhalb der Gemeinden soll das Prinzip der gleichmäßigen Vertheilung gewahrt bleiben. Will man aber warten, bis alle Gesetze, die nothwendig vorhergehen müßten, angenommen sind, dann würde man lange warten müssen; das gleiche Interesse werde dennoch zu Wege bringen, daß die Veranlagung richtig geschieht, das Bedürfniß wird sicher im Jahre 1865 noch vorhanden sein. (Heiterkeit rechts.) Bei einem Budget von 130 Millionen wiegen 10 Millionen nicht schwer.

Abg. Osterrath kann mit der starken Betonung des Unterschiedes in der Leistungsfähigkeit der Provinzen sich nicht einverstanden erklären, und glaubt, daß die Annahme der Vorlage nicht, wie Herr Waldeck behauptet, mit dem Steuerbewilligungsrechte des Hauses nach der Verfassungsurkunde im Widerspruch stehe, daher nur zu empfehlen sei. Er vertheidigt sein zu §. 3 gestelltes Amendement. — Abg. Wagener: Es störe jedenfalls die Debatte, wenn man ernstliches Streben in diesem Hause immer nur als Parteiäußerung bezeichne. Die Entstehung der Grundsteuern weise darauf dahin, sie als eine Einkommensteuer zur Entschädigung für empfangene Leistungen zu erkennen, und zu dieser Steuer habe unsere Zeit noch eine Einkommensteuer unter diesem zugefügt. Alle National-Oekonomen sprechen sich gegen die Art und Weise, wie man jetzt die Grundsteuer auszugleichen versucht, mit Entschiedenheit aus, das sei, meinen sie, eine Verläugnung des Rechts. Man thut so, als ob der Grundbesitzer neben der Grundsteuer gar keine andere Steuer mehr bezahle. Es erscheint ferner vom Herrn Regierungskommissarius gewagt, wenn er die Einnahme aus der Grundsteuer von 2 Millionen als eine Lapalie behandelt. Der Herr Regierungskommissarius habe von einer gewissen Stetigkeit gesprochen für die Grundsteuer; ihr Charakter einer Einkommensteuer werde sie daher so wenig, wie andere Steuern, vor Wandelbarkeit bewahren können. Dem Herrn Vertreter für Bielefeld kann der Redner mehrfach zustimmen; derselbe habe Recht zu fragen, wer die politische Lage von 1865 gleich der jetzigen verbürgen könne und daß daher die Veranlagung einer Steuer schon jetzt für 1865 nicht anzuerkennen sei. Dem vom Herrn Osterrath zu §. 3 gestellten Amendement würde ich mich nicht anschließen, da es Etwas enthalte, von dem man nur noch nicht wisse, was es enthalte (Heiterkeit); sonst wäre es unnütz und Herr Osterrath thäte gut, seine Absicht näher zu präzisiren. — Abg. Dr. Gneist hält die Berufung der Konservativen auf die Verhältnisse für gerade zu ermüdend. Suchen Sie einem Engländer klar zu machen, was der Grundbesitzer in Preußen an Kommunalsteuern zahlt, was er für Privilegien hat, und er wird Sie desavouiren vom Kopf bis zur Zehe. Es giebt nichts aristokratischeres als die Grundsteuer, seitdem Ehrenämter und Landwehroffizierstellen ihren Reiz verloren haben. Die Aristokratie in England würde mit Entschiedenheit Verhältnisse, wie sie sich bei uns gestaltet haben, zurückweisen.

Abg. Schwenzner verzichtet auf das Wort und nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Waldeck resümirt der Berichterstatter Abg. Burghardt die Debatte. Er hält die Berufung auf englische Nationalökonomen und englische Aristokratie für nicht gerechtfertigt. Wenn man all' den Ausstellungen, welche gegen die Grundsteuer gemacht worden sind, Rechnung tragen wollte oder müßte, so würden bei der zulässigen gleichen Argumentation gegen alle Steuern überhaupt keine Steuern möglich sein. Mit dem Amendement Osterrath erklärt er sich Namens der Kommission einverstanden. — Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird zuerst das Amendement Osterrath: vor den letzten drei Worten des §. 3 nach dem Kommissionsvorschlage die Worte einzuschalten: „nach Verhältniß des Reinertrages" und sodann der §. 3 mit sehr überwiegender Majorität angenommen. Herr Waldeck und ein Theil der Konservativen, wie auch die Fraktion Behrend, stimmen dagegen. Die Diskussion geht auf §. 1 zurück, welcher ohne erhebliche Diskussion angenommen wird, nachdem ein Amendement des Abg. Rohden, die Hausgärten betreffend, abgelehnt worden. Auch §. 2 wird ohne Diskussion angenommen. Die Sitzung wird um 3 Uhr auf morgen vertagt, wo in der Spezialdiskussion über den Gesetzentwurf fortgefahren werden soll.

— Die von den Abgg. Conrad, v. Below, Behrend (Danzig), v. Forckenbeck und Genossen eingebrachte Novelle zur Subhastationsordnung umfaßt 30 Paragraphen. Als ihr Prinzip ist zu bezeichnen, daß sie, während bisher der Schuldner geschützt war, den Gläubiger vor Chikanen und „Schwindel-Einreden" schützen will; sie bezweckt die möglichste Beschränkung derjenigen Operationen der Schuldner, die auf Verschleppungen und Weiterungen hinzielen, die Beseitigung der Mängel beim Taxverfahren, die einmalige Vorausbestimmung aller Termine, die Beseitigung vieler Kontroversen. Die Motive werden als „der Schrift des Obertribunalsrath Meyer: „Die preußische Hypotheken- und Subhastations-Gesetzgebung" größtentheils wörtlich entlehnt" bezeichnet. Der von denselben Abgeordneten eingebrachte Gesetzentwurf über die Reform des Hypothekenwesens umfaßt 76 Paragraphen. Die „ausführlichen" sind noch nicht gedruckt; wie verlautet, sind sie ebenfalls im Wesentlichen der oben erwähnten Schrift des Ober-Tribunalsraths Meyer entlehnt. In den Gründen ist kurz hervorgehoben, daß „der Realkredit unter der Schwerfälligkeit, Weitläufigkeit und Kostspieligkeit der gegenwärtigen Hypothekenverfassung erheblich leidet." Der Entwurf charakterisirt sich im Wesentlichen durch folgende zwei Hauptpunkte: formell durch den Vorschlag der Errichtung besonderer Hypothekenämter (für jeden landräthlichen Kreis mindestens eins), und materiell durch die Bestimmung: „die Hypothek ist eine selbständige Real-Obligation und hört mit Emanation dieses Gesetzes auf, ein Accessorium zu sein."

— Die Budgetkommission hat beschlossen, dem Handelsministerium die beantragten Gelder für Einrichtung der Bergakademie und für ein Gebäude zu derselben nicht zu bewilligen.

— Der Gesetzentwurf wegen Ergänzung und Abänderung des Gesetzes vom 15. April 1857, bezüglich der Ablösung der den geistlichen und Schulinstituten, so wie den frommen und milden Stiftungen 2c. zustehenden Reallasten beruft sich in seinen Motiven auf die steigende Unzufriedenheit der Pflichtigen mit dem Gesetze von 1857 und auf das einstimmige Zeugniß der Auseinandersetzungsbehörden, daß „unter deren Mitwirkung von dem Gesetze fast gar kein praktischer Gebrauch gemacht worden ist, abgesehen von der zwangsweisen Ablösung oder Verwandlung der nach dem Gesetze vom 2. März 1850 festgestellten Geldrenten, welche der §. 6 des Gesetzes vom 15. April 1857 zu Gunsten der Berechtigten gestattet hat." Die vorliegende Novelle hält an den Grundsätzen des Gesetzes von 1857 fest und beseitigt nur deren „Uebertreibungen". Auf einseitigen Antrag jedes Interessenten sollen auch die im Gesetze von 1857 noch ausgenommenen Naturalleistungen in Roggenrente verwandelt werden können; da es vorgekommen ist, daß sich bei der Rückverwandlung der Geldrente in eine Roggenrente eine größere Quantität Roggen, als die ursprüngliche war, berechnet hat, so wird jetzt bestimmt, daß die bei Feststellung der Geldrente maaßgebend gewesenen Preise auch bei der Umwandlung in eine Roggenernte wieder in Anwendung kommen; die Unablösbarkeit der Roggenrenten wird aufgehoben, dieselben werden zum 25fachen Betrage ablösbar; diese Bestimmung gilt auch für die schlesische Zehntverfassung, deren anderweitige Regulirung der Regierung sonst unausführbar scheint, weil alle anderen Vorschläge auf Widerspruch bei den geistlichen Behörden stoßen.

Militärzeitung.

Preußen. [Reorganisation des Feldlazarethwesens; Versuche mit Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen; gegenwärtiges Zahlenverhältniß des preußischen Offizierkorps.] Ueber die Reorganisation des Feldlazarethwesens vernimmt man, daß in Zukunft die Leitung der Lazarethe durch gemischte Kommissionen unbedingt wegfallen und die Oberleitung der einzelnen sowohl Hauptfeld- wie Korpslazarethe ausschließlich den dabei angestellten Stabs- und Oberärzten vorbehalten bleiben soll. Dabei wird, um die Schwerfälligkeit des sogen. „Hauptfeldlazareths" zu beseitigen, die Theilung desselben in je drei selbständige Korpslazarethe statthaben und für letztere außerdem eine solche Einrichtung getroffen werden, um je nach dem Bedürfniß die Aufstellung derselben in getrennten Sektionen ohne Schwierigkeit und Zeitverlust bewirken zu können. — Ueber die Versuche mit den bei einigen Regimentern der Berliner und Potsdamer Garnison als neue Gepäcktragsart in Probe gegebenen sogen. Bergsäcke verlautet hinsichtlich des Ergebnisses noch nichts Gewisses, dagegen haben aber die einem ostpreußischen Regimente überwiesenen Trageversuche mit einer neuen Art Kamaschen ein ungünstiges Urtheil ergeben und ist deshalb dieses neue Ausrüstungsstück auch wieder aufgegeben worden. Nach einer Mittheilung der hierüber gewöhnlich sehr gut unterrichteten „Militärischen Blätter" stände übrigens in nächster Zeit noch keinerlei größere Aenderung in der Uniformirung und Ausrüstung der preußischen Infanterie zu erwarten. — Das gegenwärtige Zahlenverhältniß des preußischen Offizierkorps, exkl. der Landwehr, wird auf 6977 Offiziere aller Waffen und zwar 4269 der Infanterie, 1232 der Kavallerie, 1068 der Artillerie, 332 des Ingenieurkorps und 78 Offiziere des Trains angegeben. Das Verhältniß der adligen zu den bürgerlichen Offizieren dürfte sich dabei ungefähr wie vier zu drei Sieventel verhalten. Die Mobilmachungspläne für den jetzigen vergrößerten Armeestand sollen sich bereits fertig ausgearbeitet befinden, so daß eine etwaige Mobilmachung der Armee in dieser Beziehung nicht den geringsten Schwierigkeiten mehr unterliegen würde.

Oestreich. [Veränderte Formation des Raketeur-Regiments; gezogene Feldgeschütze.] Die Formation des östreichischen Raketeur-Regiments ist dahin geändert worden, daß sämmtliche fahrende Batterien in Fußbatterien umgewandelt werden. Das Regiment besteht hiernach fernerhin im Frieden außer dem Stabe aus 12 halbbespannten Batterien und 3 Kompagnien, im Kriege aus 16 Batterien, 3 Feld- und einer Depotkompagnie. Die Friedensstärke beträgt 1555 Mann und 248 Pferde, die Kriegsstärke, einschließlich Depot, 2920 Mann und 1152 Pferde. — Ende Oktober v. J. waren in der östreichischen Armee erst 5 gezogene Batterien à 8 Geschütze vorhanden, und bis Anfang Februar betrug die Zahl der derartig ausgerüsteten Batterien 9 mit zusammen 72 Geschützen. Die Einrichtung derselben war durchaus nach dem Muster einer 1859 erbeuteten französischen Kanone, und eben um des geringen Zutrauens zu dem französischen gezogenen Geschützsystem willen mag sich das so überaus langsame und verzögerte Vorschreiten dieser wichtigen Angelegenheit erklären. Die Ausrüstung der gezogenen östreichischen Batterien besteht beim Geschütz aus 4 Kartätschen, 4 Hohlgeschossen, 4 Schrapnells und 20 12löthigen Patronen; beim dazu gehörigen Karren aus 12 Kartätschen, 50 Hohlgeschossen, 36 Schrapnells und 4 Brandgeschossen; zusammen 114 Schuß, welche geringe Zahl daher eine sehr große Sparsamkeit, insbesondere auf die wirksamen Distanzen innerhalb 2000 Schritt fordert. —p.

Aus polnischen Zeitungen.

— [Ueber die Warschauer Vorgänge] spricht sich ein Leitartikel in Nr. 54 des „Dziennik pozn." folgendermaßen aus: „So betrübend die Warschauer Ereignisse einerseits sind, so haben sie doch andererseits eine so allgemeine, einmüthige, reine und erhabene Kundgebung der so lange unterdrückten Gefühle unserer in schimpflicher Knechtschaft stöhnenden Nation herbeigeführt, daß wir sie mit der lebhaftesten Freude und dem heißesten Antheil begrüßen müssen. Es liegt in dieser Kundgebung in Anbetracht ihrer Allgemeinheit, des Stempels des würdigen Schmerzes und des verhältnißmäßig großen Muthes, ein Schritt, welcher sich selbst durch die erbittertsten Feinde der polnischen Nation und des polnischen Namens nicht als eine unbedeutende Demonstration der für den Augenblick künstlich aufgeregten Warschauer Bevölkerung auffassen läßt, der vielmehr ein wichtiges und denkwürdiges Blatt in der Geschichte der ganzen Nation einnimmt. Wir haben die nach den Ereignissen des 27. Februar durch einen Ausschuß der polnischen Bürgerschaft an den Kaiser Alexander gerichtete Adresse im Sinn, welche von den Einwohnern aller Stände durchweg unterschrieben und zur Zeit schon ihrem Inhalte nach dem Statthalter des Königreichs Polen, Fürsten Gortschakoff, durch eine Deputation übergeben worden ist, an deren Spitze sich die höchstgestellte Person des Landes, der Erzbischof von Warschau, befand. Nach den seit dem 28. Februar eingelaufenen Nachrichten war diese Adresse schon von 10,000 Unterschriften sowohl der hervorragendsten Bewohner Warschau's als auch der bedeutendsten Bürger des ganzen Landes, welche sich augenblicklich in Warschau aufhalten, bedeckt. Wenn bei irgend Jemand noch ein Zweifel entstehen könnte, daß diese Adresse vielleicht nur das Werk eines kleinen regsameren Theiles der Bevölkerung oder einiger unbedeutenderen und heißblütigeren Menschen sei, so muß dieses Bedenken schon ein besonderer Umstand beseitigen. Um eine solche Adresse mit völliger Unabhängigkeit unterzeichnen zu können, hat ein bedeutender Theil der Hauptwürdenträger des Königreichs seine Aemter niedergelegt, und unter der Zahl dieser wohlgesinnten Dimissionäre und eilfertigen Unterzeichner der Adresse befindet sich selbst eine Person, wie die des Wappenpräses Grafen Kossakowski, welcher bekanntlich durch die Tradition und zahlreiche Beziehungen mit dem russischen Hofe in Verbindung stand. Die Adresse ist daher ein der allgemeinen rücksichtslosen Volksstimme entsprechender Meinungsausdruck sämmtlicher Schichten und Klassen der polnischen Bevölkerung. Wenn sich auch die Kunde bewahrheiten sollte, daß der Kaiser Alexander die Nachricht von dieser Adresse mit Zorn und Unwillen aufgenommen und den Befehl ertheilt hat, mit unbeugsamer Strenge alle Wünsche, Forderungen und Hoffnungen von Millionen niederzuhalten, so wird dies in der Sache selbst eine Aenderung nicht mehr hervorbringen; schon sind die Dämme durchbrochen, der Schmerzensschrei der Verzweiflung kann nicht mehr in die Brust, der er sich entrungen, zurückkehren, er wird vielmehr in der ganzen Nation Wiederhall und im gesammten Europa Verbreitung finden."

Dem „Dzien. pozn." wird aus Berlin vom 4. d. geschrieben: „In diesen Tagen nimmt die ganze hiesige polnische Fraktion an dem feierlichen Trauergottesdienst für die in Warschau am 25. und 27. Februar gefallenen Opfer Theil; ich höre sogar, daß die Idee dazu und die Anordnung der Trauerfeier von ihr ausgeht. Bei dem Vorsitzenden der polnischen Fraktion, Gr. Cieszkowski, war in der vergangenen Woche ein parlamentarisches Diner, zu welchem auch deutsche Abgeordnete geladen waren, und ich erwähne unter den Gästen den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Simson, den Vizepräsidenten Grabow, Harkort, den überaus glücklichen Uebersetzer des „Pan Tadeusz", Pinder, Roenne, und Reichensperger (Köln). Heute erzählt man sich in diplomatischen Kreisen, daß das preußische Kabinet seine Bestrebungen in Petersburg darauf richtet, den Kaiser Alexander von jeder Nachgiebigkeit gegen die polnische, von Warschau ausgehende Bewegung zurückzuhalten. Ich weiß nicht, ob das wahr ist, halte es aber für ganz wahrscheinlich von Staatsmännern, wie in diesem Kabinet sitzen, und bei dem System, das sie einschlagen. Der Antrag des Herrn Lyskowski in Betreff der Urwahlbezirke hat bei den Fraktionen der Majorität Gnade gefunden, und Gr. Cieszkowski ist einstimmig in die betreffende Kommission gewählt. Dennoch dürfte wohl der Antrag im Abgeordnetenhause durchgehen.

Lokales.

Posen, 7. März. [Lehrerprüfungen.] Die Nachprüfung der interimistisch angestellten kathol. Lehrer des hiesigen Regierungsbezirks wird im Schullehrerseminar zu Posen am 18. Sept. d. J. und folgende Tage, und im Schullehrerseminar zu Paradies am 26. Sept. d. J. und folgende Tage stattfinden. — Der methodologische Lehrkursus für kath. Lehrer findet in diesem Jahre nur im Seminar zu Paradies und zwar in der Zeit vom 14. August bis zum 25. Sept. d. J. statt.

— [Katholische Pfarrstelle.] Die kommendarische Verwaltung des Pfarrbenefiziums zu Kalau (Kr. Meseritz) ist dem gegenwärtigen Pfarrer zu Rakwitz, Martin Radke, übertragen.

— [Erledigt.] Die kath. Schullehrerstelle zu Klein-Jłowiec (Kr. Schrimm) ist erledigt und sofort zu besetzen. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht.

— [Ballfest.] Gestern Abend fand bei Sr. Exz. dem kommandirenden General des 5. Armeekorps, Grafen Waldersee, ein außerordentlich zahlreich besuchtes großes Ballfest statt. Die Offizierkorps aller Waffengattungen waren in großer Zahl vertreten, neben ihnen aus dem Zivilstande die hervorragendsten Persönlichkeiten. Der Glanz der Uniformen und Orden, die frischen eben so brillanten als geschmackvollen Toiletten der Damen, gewährten ein reiches, farbenprächtiges Bild als Hintergrund des Festes, das durch die Liebenswürdigkeit des Festgebers und der Seinen, wie durch die bis zu Ende herrschende ungezwungene Heiterkeit seine schönste Weihe empfing.

g Posen, 7. März. [Goldne Hochzeit.] Am gestrigen Tage fand in der hiesigen Petrikirche, Nachmittags 4 Uhr, die feierliche Einsegnung eines Jubel-Ehepaares, des Schuhmachermeisters Leonhard Brehme und Karoline Brehme geb. Reichelt, statt. Das Paar, obgleich in den siebenziger Jahren, erfreut sich noch einer vollen Rüstigkeit und Gesundheit und beging diese Feier im Kreise von zwei Kindern und vier Enkeln, sowie einer großen Anzahl von Freunden und Gönnern. Prediger Herwig hielt eine der Feier entsprechende Weihrede und erfreute das Paar am Schlusse derselben mit Uebergabe einer Bibel, welche von J. Maj. der Königin-Wittwe für dasselbe übersandt worden war. Auch im Uebrigen be-

(Fortsetzung in der Beilage.)

theiligte sich der Wohlthätigkeitssinn der Mitbürger in reichlichem Maaße. Eine überaus große Anzahl Theilnehmender hatte sich zu der kirchlichen Feier und später in der Wohnung der Gefeierten eingefunden, um ihre herzlichen Glückwünsche zu der seltenen Feier auszusprechen, wobei denn auch ein freudiges Hoch auf das Jubelpaar, auf dessen Familie ꝛc. natürlich nicht fehlte. Möge dem ehrenwerthen greisen Paare der Lebensabend möglichst freundlich lächeln.

— [Die Dividende der Oberschlesischen Eisenbahn] ist in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsraths in Breslau für das Jahr 1860 auf $7^{1}/_{20}$ % festgestellt.

— [Die kirchliche Trauerfeier.] Da die Anzahl der Opfer bei den Vorfällen in Warschau viel geringer ist, als anfänglich vermuthet wurde, und unter den 5 Verunglückten sich nur ein Katholik befindet (die andern sind 2 deutsche Lutheraner, 1 Gutsbesitzer reformirten Bekenntnisses und 1 Schüler griechischer Konfession), so ist von einer Trauerfeierlichkeit, die einige Personen hier veranstalten wollten, Abstand genommen worden. Es fand nur eine stille Messe in der Pfarrkirche statt. Die Anwesenden entfernten sich nach beendigter Andacht still aus der Kirche.

S Posen, 7. März. [Konzert.] Wir nahen uns dem Ende der Saison mit starken Schritten. Mit ihr dürften auch die größeren Konzerte, wie deren der Winter uns eine Anzahl von fremden und hiesigen Künstlern gebracht, ihrem Schlusse sich zuneigen. Wenn wir in der Reihe derselben den Symphoniesoiréen stets einen der ersten Plätze eingeräumt, so dürfte das wohl kaum einem Widerspruch begegnen, und gewiß alle Freunde guter Musik werden es Herrn Radeck aufrichtig Dank wissen, daß er die Mühe nicht gescheut, auch in dieser Saison eine Reihe derselben zu veranstalten, von denen wir nun noch die letzte zu erwarten haben. Wer die hiesigen Verhältnisse und die unvermeidlichen nicht geringen Kosten derartiger Aufführungen einigermaßen kennt, wird sich ohnehin sagen müssen, daß der pekuniäre Lohn solchen Unternehmens ein kaum nennenswerther, und also die darauf verwendete Mühe, Kraft und Zeit doppelter Dankbarkeit werth ist. Von mehreren Seiten dazu veranlaßt, wird nun Herr Radeck, und zwar am nächsten Sonnabend, d. 9. d., eine Extrasoirée veranstalten, deren Ertrag nach Abzug der nothwendigen Kosten zu seinem Benefiz bestimmt ist. Da dieselbe natürlich außer dem Abonnement gegeben wird, so bietet sich da unseren Musikfreunden eine sehr angemessene und, wie wir hoffen und wünschen, gern ergriffene Gelegenheit dar, durch eine recht zahlreiche Betheiligung an dieser Extrasoirée dem strebsamen und tüchtigen Dirigenten einen kleinen Beweis der Anerkennung zu gewähren. Das Programm hält sich in dem Rahmen klassischer Musik: man mag uns immerhin gestatten, das Beiwort klassisch auch auf Mendelssohn's Musik zum „Sommernachtstraum" auszudehnen, von welcher neben der Ouverture noch einige Hauptnummern zu Gehör kommen werden. Eben so ansprechend als diese, wenn natürlich auch in weit anderen, großartigeren Verhältnissen, ist Beethovens große Eroica, in Komposition und Ausführung ein Meisterwerk, dem sich wenige an die Seite stellen lassen. Man sieht, nicht nur der Zweck der Soirée, sondern auch das Programm derselben ist anziehend und bedeutend genug, um eine recht rege Theilnahme zu rechtfertigen und erwarten zu lassen, und so möge denn dieselbe in ausgedehntem Maaße dem Werthe des Gebotenen und den billigen Hoffnungen des wackern Unternehmers entsprechen.

Angekommene Fremde.

Vom 6. März.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Gutmann und Herzfeld aus Grätz, Schöps aus Kobylin, Bergas aus Grätz, Kochhem aus Schroda, Lehmann aus Poln. Krone und Frenkel aus Lissa, Viehhändler Hamann aus Gottschimmerbruch, die Kaufm. Frauen Witkowska aus Wreschen und Levinsohn aus Wronke.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Löwenthal aus Rogowo, Rosenberg und Marcuse aus Margonin, Tekel aus Schmiegel, Herrmann sen. und jun. aus Konin.

DREI LILIEN. Die Kaufleute Kunkel aus Wongrowitz und Degurski aus Wronke.

Vom 7. März.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsb. v. Potworowski aus Gola, die Barone v. Winterfeld sen. und jun. aus Mur. Goslin und Haferkorn aus Breslau, Wirthsch. Eleve Raymund aus Żerkow und Kaufmann Geermann aus Bremen.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Lieutenants im 2. Brandenburgschen Grenadier-Regiment (Nr. 12) v. Studnitz und Scherig aus Schrimm, die Gutsb. Grübel aus Napachanie, Graf Potworowski aus Deutsch-Presse und Breiter aus Glogau, die Kaufleute Koch aus Zürich und Meitz aus Offenbach.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Künzel und Damke aus Berlin, Haitz aus Magdeburg und Heymann aus Düsseldorf, die Gutsb. v. Lehmann aus Wartthurm, Körner und Jahn aus Stołężyn, Wendt aus Szczepankowo und v. Olszowski aus Torgenica.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Łączyński aus Kościelec, v. Rychłowski aus Drobnin, v. Chłapowski aus Garzyn und v. Szczawiński aus Bylewo, Missionär Schulz aus Samter, Probst Szczygulski aus Duszník, die Kaufleute Littmann aus Breslau und Gebrüder Kurtzig aus Grünberg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Münstermann aus Leipzig, Klemm aus Bautzen und Gläser aus Paris, die Rittergutsb. v. Kojzutski aus Wargowo und v. Gersdorff aus Görlitz, Rentmeister Emmel aus Stenszewo, die Gutsb. Frankenstein aus Inowracław und v. Metzbach aus Sachsen, Oberamtmann Heynemann aus Gnesen, Fabrikbesitzer v. Fabricius aus Dresden und Partikulier Schwarg aus Inowracław.

SCHWARZER ADLER. Gutspächter Cimirski aus Sybyria, Partikulier Piątkowski aus Pierwoszewo, Studiosus Dymiński aus Sobaszczewo, Probst Radecki aus Strzelce und Gutsb. Pluciński aus Ulejno.

HOTEL DE BERLIN. Gutsb. v. Żóchowski nebst Frau aus Konino, die Inspektoren Gebrüder Gundlach aus Rogasen, die Kaufleute Brühl aus Breslau und Jacobi aus Wollstein.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Skarbek aus Polen, Szołdrzyński aus Lubasz, v. Skarzyński aus Chełkowo und v. Chłapowski aus Turwia.

EICHBORN'S HOTEL. Die Güteragenten Libas sen. und jun. aus Trzemeszno, Kaufmann Marcus aus Włocławek, Schmiedemeister Mendlowicz, Handelsmann Mendlowicz und Kantor Eisenberg aus Pleschen.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Sochaczewski, Banner, Gerechter und Mathias aus Pleschen, Michalski aus Mieścisko, Zerenze aus Rogasen und Brinn aus Żerkow.

PRIVAT-LOGIS. Wittwe Frau Reichel und Fräulein Kaulisch aus Rattay b. Chodziesen, St. Martin Nr. 46; Wirthsch. Inspektor Wojtowski aus Łęgowo, Neuestraße Nr. 7.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Neue Sendung von großen süßen Catharinen-Pflaumen, als: Superieur de Choix und Bonnes-Rames, ferner andere süße französische Pflaumen, à Pfd. 2½ Sgr., große Pflaumen mit süßen Mandeln gefüllt, empfing und empfiehlt die Neue Berliner Mehlwaaren-Handlung von

Emil Kirchner Nachfolger.

Polnische, schlesische und hiesige

Lein- und Raps-Kuchen

offerirt billigst die **Oelraffinerie** von

Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Speile, Stifte, Zwecken, Hanf- und Stechgarn 2c. empfiehlt
J. Schmuck, Judenstraße,
im Seegall'schen Hause.

אַל פֶּסַח כְּהֵכ שַׁר

Vorzügliche süße und herbe Weine, so wie auch Liqueure und Doppelbranntweine empfehle ich zu Fabrikpreisen. Wiederverkäufern entsprechenden Rabatt.
Louis Pulvermacher,
Breitestraße 12.

אַל פֶּסַח

Sämmtliche, für die Osterfeiertage nöthigen Waaren בַּהֶכְשֵׁר sind in vorzüglicher Qualität und zu billigen Preisen vorräthig bei
Louis Pulvermacher,
Breitestraße 12.

Mehl-Lager.

Das Dampf- und Wassermühlenetablissement **Grabowiec** bei **Samter** hält ein Lager von **Weizen- und Roggenmehl** in jeder Qualität.

Bei der anerkannten Güte der Fabrikate, so wie bei reeller und prompter Bedienung werden zeitgemäße, solide Preise gestellt. Die Lieferung geschieht franko Bahnhof **Samter**.

Nähere Auskunft ertheilen **E. Schleusener** in **Posen**, Breslauerstr. 31 und der Unterzeichnete.

Die Grabowiec-Mühlen-Verwaltung.
C. Stuart, Buchhalter.

Mein Büreau befindet sich im **Ziesak**schen Hause, gegenüber der Post.

Schubin, 5. März 1861.

C. W. Wolff,
Rechtsanwalt und Notar.

Vom 1. Oktober 1861 an sind Wilhelmsstraße Nr. 13 zwei große herrschaftliche Wohnungen zu vermiethen.

Eine freundl. möbl. Parterrestube nach vorn heraus ist mit oder ohne Betten sogleich oder vom 1. April billig zu vermiethen Venetianerstraße Nr. 4 unweit der Wallischeibrücke.

Bergstrasse Nr. 9 (Ecke der Wilhelmsstr.) sind **sofort** 2 zusammenhängende möblirte Zimmer im **ersten Stocke** zu vermiethen.

Zwei Stuben, Alkoven, Küche sof. zu vermiethen **Breslauerstraße 19 1 Tr.**

Eine Wohnung im 3. Stock, eine im Parterre, jede zu 2 Zimmern, Küche und Zubehör, sind vom 1. April billig zu vermiethen.
R. Krain, Schützen- und Langestraße.

Ein militärfreier Wirthschaftsbeamter, dem die vorzüglichsten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht, da zu Ostern seine Stelle eingeht, eine andere zu der erwähnten Zeit. Adressen erbittet man unter Chiffre **P. M.** poste restante zu **Kuttlau** bei **Glogau**.

Für einen Holzplatz wird ein sicherer Mann als Geschäftsverwalter — Aufseher — verlangt. Gehalt 30—32 Thlr. monatlich, auch Nebeneinkünfte. Auftrag:
H. Winkler in **Berlin**, alte Jakobsstr. 17.

Ein tüchtiger Brauer, der ein gutes, klares, einfaches als Doppelbier zu machen versteht, kann in meiner Brauerei sofort als Kompagnon zu diesem Geschäfte angenommen, oder es kann ihm die Brauerei gegen eine solide Pacht überlassen werden.

Znin, den 5. März 1861.
Jacob Baer.

Das Dom. **Plawce** bei **Schroda** braucht einen deutschen, beider Landessprachen mächtigen **Wirthschaftsschreiber.**

Ein schon geübter, beider Landessprachen kundiger und zuverlässiger Schreiber mit guter Handschrift kann sofort oder auch zum 1. April d. J. in meine Kanzlei eintreten.

Posen, 6. März 1861.
Rechtsanwalt u. Notar, Landgerichtsrath **Boy.**

Ein tüchtiger **Wirthschaftsschreiber** oder **Eleve** f. ein Unterk. v. 1. Juli c. Adressen **X. Z. Schwersenz** poste restante franco.

Zum 1. April wird auf dem Dominium **Gowarzewo** bei **Schwersenz** ein unverheiratheter Kutscher gesucht.

Ein mit guten Zeugnissen versehener **Hauswart** findet Wilhelmsstraße Nr. 13 vom 1. April an ein Unterkommen. Auskunft im Büreau.

Eine Wirthschafterin, mit guten Zeugnissen versehen, findet auf dem Lande, eine Meile von **Posen**, zum 1. April ein Unterkommen. Zu erfragen im Milchkeller Schuhmacherstraße 20.

Die **Nicolai'sche Sort.-Buchhandl.** hier sucht einen jungen Mann als Lehrling.

Schneiderinnen

finden dauernde Beschäftigung bei
Louis Braun,
Schneidermeister für Damen, Breitestraße 13.

Ein ordentliches Mädchen, die die Schneiderei gründlich erlernen will, kann sofort eintreten bei
Louis Braun, Breitestraße Nr. 13.

Ein junger Mann, militärfrei, der bereits in einem Handlungsgeschäft 2½ Jahr beschäftigt gewesen, sucht ein anderweitiges Unterkommen. Zu erfragen in Posen, Büttelstr. 11.

Anfrage an den hiesigen israelitischen Korporationsvorstand.

Warum bekommen nicht **hiesige** jüdische Bäckermeister, die Korporationsbeiträge entrichten und deren Osterkuchen besser event billiger sind, als die berühmten **Kurniker**, die Lieferung derselben? Ist ein solches Verfahren auch bei anderen Behörden Usance?

Die **„Vacanzen-Liste"**,

(Zeitung für stellesuchende **Lehrer** aller Fächer, **Gouvernanten, Commis, Buchhalter** 2c., **Oekonomen, Forstbeamte, Wirthschafterinnen, Aerzte, Kameral- und Kommunal-Beamte, Apotheker, Chemiker, Techniker, Musiker, Lithographen, Werkführer** in allen Branchen 2c. 2c., überhaupt in **allen** höheren Berufszweigen,) erscheint jeden Dienstag Nachmittag, und weist ausschließlich und genau **alle** offenen Stellen nach, welche **ohne** Vermittelung von Kommissionären zu vergeben sind. — **Offene Stellen** bittet man dringendst, behufs kostenfreier Aufnahme mitzutheilen. — Das **Abonnement** bei **franco** Zusendung beträgt pro 1 Monat 1 Thlr., (für 3 Monate nur 2 Thlr.) vom Tage der Bestellung abgerechnet, in der Expedition: beim Buchhdlr. **A. Retemeyer** in Berlin, Kurstr. 50.

Verein junger Kaufleute.

Sonnabend den 9. März c. Nachmittags **3 Uhr: Historischer** Vortrag des Herrn **Dr. Jutrosinski.**

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Brandenburg a. H.: Frl. Krüger mit dem lic. theol. Kähler; Gotha: Frl. v. Henning mit dem Regierungsrath v. Wangenheim; Osterweddingen: Frl. Gloël mit dem Rittergutsbesitzer Nathusius.

Geburten. Ein Sohn dem Landrath v. Graevenitz in Vietnitz, Rittergutsbesitzer v. Stechow in Wirschkowitz, Pastor Eichmann in Landsam a. R., Rittmeister v. Rothkirch in Quedlinburg.

Stadttheater.

Donnerstag. Erstes Gastspiel des Fräulein **Ellen Franz** vom herzoglichen Hoftheater zu Koburg-Gotha. Zum erstenmale: **Feuer in der Mädchenschule.** Lustspiel in 1 Akt von Förster. Hierauf: **Erziehungsresultate,** oder: **Guter und schlechter Ton.** Lustspiel in 2 Akten von Blum. Marie und Margarethe — Fräul. Ellen Franz als erste Gastrollen.

Freitag, zum Benefiz für Fräul. **Stübecke: Die lustigen Weiber von Windsor.** Große komische Oper in 3 Akten von Nicolai.



Sonnabend den 9. März gebe ich **in der Loge** ein **Concert.** Programm erscheint morgen. Billets à 10 Sgr. sind in der k. Hof-Musikhandlung von **Ed. Bote & G. Bock** und in den Buchhandlungen von **Rehfeld** und **Heine** zu haben.
A. Vogt, königl. Musikdirektor.

Vogt's Kaffeegarten.

Zur gefälligen Notiz, daß das zum 9. d. M. arrangirte Musikerkränzchen erst am 12. März stattfindet.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 7. März 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	87	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	101½	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	105¼	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	118	—	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	100¾	—
" 3½ " "	—	94	—
" 4 " neue "	—	89⅞	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	—	—	—
Poln. 4 " "	86	—	—
Posener Rentenbriefe	—	92⅛	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	90¾	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	98	—
" Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86⅛	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen niedriger, pr. März-April 42¼ Rt. Br., Frühjahr 42½ bz., Br. und Gd., Mai-Juni 43½ bez. und Br., Juni-Juli 43¾ Br.

Spiritus nachgebend, gekünd. 15,000 Quart, mit Faß pr. März 20 1/24 Rt. bz. und Br., 20 Gd., April 20⅛—⅛ bz., Br. und Gd., Mai 20⅛ Br., Mai-Juni 20½ Br.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 6. März Vorm. 8 Uhr 9 Fuß 6 Zoll.
" 7. März " " 9 " 1 "

Produkten-Börse.

Berlin, 6. März. Wind: S.-W. Barometer: 28². Thermometer: früh 0. Witterung: regnigt.

Weizen loko 70 a 82 Rt.

Roggen loko 46 a 47½ Rt., p. März und März-April 45⅞ a 45½ Rt. bz. und Br., 45⅜ Gd., p. Frühjahr 46⅜ a 45½ Rt. bz. und Gd., 45⅝ Br., p. Mai-Juni 47 a 46½ Rt. bz. und Br., 46½ Gd., p. Juni-Juli 47⅜ a 47 Rt. bz. und Br., 46¾ Gd.

Große Gerste 42 a 48 Rt.

Hafer loko 24 a 27 Rt., p. März 25½ Rt. nominell, p. März-April 25½ Rt. nominell und Frühjahr 25½ a 25¼ Rt. bez. und Gd., p. Mai-Juni 25¾ Rt. Br., 25⅝ Gd., p. Juni-Juli 26⅜ a 26¼ Rt. bz.

Rüböl loko 11½ a 11¼ Rt. bz., p. März und März-April 11¼ Rt. bz., Br. und Gd., p. April-Mai 11 7/24 a 11¼ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11⅓ Rt. bz. u. Br., 11 7/24 Gd., p. Sept.-Okt. 11⅝ a 11⅝ Rt. bz., 11⅝ Br., 11⅝ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 20 7/12 a 20½ Rt. bz., mit Faß p. März 20⅝ a 20⅝ a 20⅝ Rt. bz., Br. und Gd., p. März-April 20⅝ a 20⅝ a 20⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. April-Mai 20 11/12 a 20⅞ a 20⅝ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 21 1/12 a 20⅞ a 21 Rt. bz. u. Br., 20 11/12 Gd., p. Juni-Juli 21⅛ a 21¼ Rt. bz. u. Gd., 21¼ Br., p. Juli-Aug. 21⅜ Rt. bz., Br. und Gd., p. Aug.-Sept. 21¾ a 21⅝ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 20⅝ a 20⅞ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5 a 5⅝, 0. u. 1. 4⅝ a 5⅛ Rt.

Roggenmehl 0. 3½ a 3¾, 0. u. 1. 3½ a 3 5/12 Rt.

(B. u. H. Z.)

Stettin, 6. März. Wetter: Morgens Schnee, später Regen. Wind SSW. Temperatur + 3° R.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 76—84 Rt. nach Qual. bz., 85pf. p. Frühjahr 86 Rt. Br., 85¾ Gd., 83/85pfd. 82 Rt. bz. u. Gd., 82½ Br., do. p. Juni-Juli 83½ Rt. bz. und Br.

Roggen loko p. 77pfd. 44—45 Rt. bez., 77pfd. p. Frühj. 45 Rt. bz. u. Gd., 45½ Br., p. Mai-Juni 45½ Rt. bz. und Gd., 45¾ Br., p. Juni-Juli 46 Rt. bz. u. Gd., p. Juli-Aug. 46½ Rt. Gd.

Gerste Märk. loko p. 70pfd. 43½—44 Rt. bz.

Hafer, loko p. 50pfd. 25 Rt. bz., p. Frühj. 47/50pfd. 27 Rt. Gd.

Erbsen ohne Handel.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
73—81.	44—47.	35—40.	22—26.

Erbsen 44—49.

Kartoffeln 16—18 Sgr.

Heu 15—20 Sgr.

Stroh 6 Rt.

Rüböl loko gestern Abend 11 Rt. bz., heute 11 1/12 Rt. bz. und Gd., 11⅛ Br., p. April-Mai 11⅛ Rt. Br., 11⅛ Gd., p. Sept.-Okt. 11⅝ Rt. Br.

Spiritus loko ohne Faß 20⅝, 5/12 Rt. bz., p. März 20⅛ Rt. bz. u. Br., p. Frühj. 20⅝, ⅛, 1/12 Rt. bz, Br. und Gd., p. Mai-Juni 21 Rt. Br., 20⅞ Gd., p. Juni-Juli 21 5/12 Rt. Br., p. Juli-Aug. 21⅜ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 20½ Rt. Br.

(Ostf. Ztg.)

Breslau, 6. März. Wetter: schön. Temperatur: früh 0°.

Weißer Weizen 80—85—90—94 Sgr., gelber 80—85—90—92 Sgr.

Roggen, 59—61—63 Sgr.

Gerste, gelbe 44—50 Sgr., weiße 53—55 Sgr.

Hafer, 29—30—32 Sgr.

Erbsen, 55—60—65 Sgr.

Oelsaaten. Winterraps 90—95—97 Sgr. nominell.

Rother ord. Kleesamen 11½—12½ Rt., mittler 13—14 Rt., feiner 14½—15½ Rt., hochfeiner 16—17 Rt., weißer ord. 8—12 Rt., mittler 12½—13½ Rt., feinmittler 14—15½ Rt., feiner 16—18 Rt., hochfeiner bis 20 Rt.

Thymothe 10—11—11½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 20½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. März und März-April 48 Rt. Br., April-Mai 48½ bz. und Br., Mai-Juni 49—48¾—49 bz.

Rüböl loko 11½ bz. und Br., p. März 11½ bz. und Br., März-April 11⅙ Br., April-Mai 11⅙ Br., Mai-Juni 11⅓ Br., Sept.-Okt. 11⅞ Br.

Spiritus loko 20⅝ bz. u. Gd., p. März und März-April 20½ Gd., April-Mai 20⅝ bz., Mai-Juni 20⅝ bz. (Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 6. März. Weizen loko zu vollen Preisen einiges Geschäft. Roggen loko ab Ostsee unverändert und ruhig. Oel Mai 23⅜, Oktober 24¾. Kaffee, Markt in Folge Riobe richte 1/16 höher. Einige Tausend Sack Umsatz. Zink stille.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 6. März 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	74¾ bz
Aachen-Mastricht	4	18¾ u. 18⅛ bz
Amsterd. Rotterd.	4	78¾ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	86¼-85¾ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	112½ bz
Berlin-Hamburg	4	110⅛ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	138 bz
Berlin-Stettin	4	108½ B
Bresl. Schw. Freib.	4	91-91½ bz
Brieg-Neiße	4	52 G
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	133½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	37 B
do. Stamm-Pr.	4½	72½ bz
do. do.	4	80½ B
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	129¾ B
Magdeb. Halberst.	4	194¾ bz
Magdeb. Wittenb.	4	33½-¼ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	100¾-½-½ bz
Mecklenburger	4	46-45¾ bz u G
Münster-Hammer	4	93 G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95 G
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44-43¾ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	124 bz
do. Litt. B.	3½	111 G
Oest. Franz. Staat.	5	126½-¼ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	34-¼ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	53 bz
Rheinische,	4	79½-79 bz
do. Stamm-Pr.	4	92 B
Rhein-Nahebahn	4	25 bz
Ruhrort-Crefeld	3½	75½ B
Stargard-Posen	3½	83⅜ bz
Thüringer	4	102½ B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	80½ G
Braunschw. Bk. A.	4	66¼ G
Bremer do.	4	98¾ B
Coburg. Kredit-do.	4	42 B
Danzig. Priv. Bk.	4	88¼ bz
Darmstädter abgst.	4	70¾ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95¼ B
Dessauer Kredit-do.	4	13¾ bz
Dessauer Landesbk.	4	18 bz
Disk. Comm. Anth.	4	82-¾ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	21 G
Geraer do.	4	69½ G
Gothaer Priv. do.	4	70¼ B
Hannoversche do.	4	91 bz
Königsb. Priv. do.	4	84 B
Leipzig. Kredit-do.	4	61¾ B
Luxemburger do.	4	80 G
Magdeb. Priv. do.	4	79 etw bz u G
Meining. Kred. do.	4	68¾ B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86 bz
Oestr. Kredit- do.	5	53½-53-53½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	75 bz u G
Posener Prov. Bank	4	82 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	126¾ bz
Rostocker Bank Akt.	4	104 B
Schles. Bank Verein	4	80 bz
Thüring. Bank-Akt.	4	53 bz
Vereinsbank, Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	74 B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	93½ B	
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	66 B	
Hörder Hüttenv. Ak.	5	68 B	
Minerva, Bergw. A.	5	20½ B	
Neustädt. Hüttenv. A	5	3 B	p. St.
Concordia	4	102½ G	[fco. Zins.
Magdeb. Feuervers. A	4	420 B	

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	82½ G	
do. II. Em.	4	81¾ bz	
do. III. Em.	4½	85¾ G	
Aachen-Mastricht	4½	60½ B	
do. II. Em.	5	55 G	
Bergisch-Märkische	5	103 G	
do. II. Ser.	5	103 B	IV. 100½ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	76¾ bz	
do. Düsseld. Elberf.	4	85 G	
do. II. Em.	5	— —	
do. III. S. (D. Soest)	4	83¾ G	
do. II. Ser.	4½	— —	
Berlin-Anhalt	4	97¼ G	
do.	4½	100¾ G	
Berlin-Hamburg	4½	103½ G	
do. II. Em.	4½	102¼ G	
Berl. Pots. Mg. A.	4	94½ G	B. 95½ G
do. Litt. C.	4½	100¼ bz	
do. Litt. D.	4½	99¾ bz	
Berlin-Stettin	4½	101 G	
do. II. Em.	4	88 G	
do. III. Em.	4	87¾ bz	
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —	
Brieg-Neißer	4½	— —	
Cöln-Crefeld	4½	— —	
Cöln-Minden	4½	101¾ G	
do. II. Em.	5	104 G	
Cöln-Minden	4	88½ G	
do. III. Em.	4	84¾ G	
do.	4½	93¾ bz	
do. IV. Em.	4	83¾ bz	
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —	
do. III. Em.	4½	85½ bz	
Magdeb. Wittenb.	4½	— —	
Niederschles. Märk.	4	95 bz	
do. conv.	4	93¾ B	
do. conv. III. Ser.	4	90 bz	
do. IV. Ser.	5	103½ bz	
Nordb., Fried. Wilh	4½	100⅛ G	
Oberschles. Litt. A.	4	94 G	
do. Litt. B.	3½	80¾ bz,	C. —
do. Litt. D.	4	88¼ G	
do. Litt. E.	3½	76⅝ B	
do. Litt. F.	4½	94¾ bz	
Oestreich. Französ.	3	252 etw-51½ bz	
Prinz-Wilh. I. Ser.	5		II. — —
do. III. Ser.	5	— —	
Rheinische Pr. Obl.	4	86 bz	
do. v. Staatgarant.	3½	81 B	
Rheinische Pr. Obl.	4½	88½ G	
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95 bz	
Ruhrort-Crefeld	4½	— —	
do. II. Ser.	4	80¾ G	
do. III. Ser.	4½	86 bz	
Stargard-Posen	4	87¼ bz	
do. II. Em.	4½	94½ G	
do. III. Em.	4½	— —	
Thüringer	4½	101½ G	II. 104½
do. III. Ser.	4½	101½ B	[G
do. IV. Ser.	4½	100 G	

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101½ B
Staats Anl. 1859	5	105⅝ bz
do.	4½	101½ bz
do. 1856	4½	101½ bz
do. 1853	4	97 B
N. Präm St A 1855	3½	118 bz
Staats-Schuldsch.	3½	87⅜ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	86 bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	101½ G
do. do.	3½	83½ B
Berl. Börsenh. Obl.	5	103⅞ B
Pfandbriefe: Kur-u. Neumärk.	3½	91¾ bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	84 bz
do.	4	94 bz
Pommersche	3½	90 bz
do. neue	4½	99 bz
Posensche	4	101¼ bz
do.	3½	94 B
do. neue	4	89⅞ bz
Schlesische	3½	89¼ bz
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84 bz
do.	4	93⅞ bz
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	96⅜ bz
Pommersche	4	96¾ B
Posensche	4	92⅛ bz
Preußische	4	95½ bz
Rhein- u. Westf.	4	96 B
Sächsische	4	96¾ bz
Schlesische	4	95⅝ B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	42¼ u. 41¾ bz	
do. National-Anl.	5	50¼-49⅞ bz	
do. 250fl. Präm. O.	4	55 B	
do. neue 100fl. Loose	—	50⅞ B	
Polnische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88¼ B	
6. do.	5	99⅛ G	
Englische Anl.	5	102 bz	4½ %
N. Russ. Egl. Anl.	3	60½ B	[90½ G
Poln. Schatz-O.	4	80¼ bz	
Cert. A. 300 Fl.	5	93¼ B	
do. B. 200 Fl.	—	23 G	
Pfdbr. u. in SR.	4	85½ bz	
Part. O. 500 Fl.	4	91 B	

Oestr. 5proz. Loose	5	53½ etw bz u B
Hamb. Pr. 100 BM	—	92⅛ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	47 bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29½ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	95 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5 G
Louisd'or	—	109⅛ bz
Sovereigns	—	6. 22 bz
Napoleonsd'or	—	5. 9¼ bz u G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458 G
Dollars	—	1. 11⅛ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz u G
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz u G
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	66⅛ bz
Poln. Bankbillet	—	86⅜ bz

Wechsel-Kurse vom 5. März.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141¼ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150¾ bz
do. do. 2 M.	2½	150⅛ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 19¾ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79¼ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	67 bz
do. do. 2 M.	6	66½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95⅝ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¼ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅛ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Stimmung an heutiger Börse hatte sich erheblich verschlimmert und die Kurse gingen beträchtlich zurück.

Breslau, 6. März. Bei größtentheils niedrigeren Kursen der Spekulationspapiere sind besonders Freiburger Eisenbahnaktien mit Ostentation billiger verkauft worden; dagegen haben sich Oberschlesische bei großem Umsatze fest behauptet. Oestr. Effekten in geringem Verkehr.

Schlußkurse. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 53½ bz. Schlesischer Bankverein 79½ bz. Breslau-Schweidnitz Freiburger Aktien 91⅞ Gd. dito Prior. Oblig. 88 Br. dito Prior. Oblig. 95½ Br. Köln-Mindener Prior. 84 Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. und C. 123¾ Gd. dito Lit. B. 111½ Br. dito Prior. Oblig. 88¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 95 Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 77 Br. Oppeln-Tarnowitzer 35½ Br. Rheinische —. Kosel-Oderberger 37½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Hamburg, Mittwoch, 6. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse Anfangs sehr flau, schloß fest.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 49⅞. Oestr. Kreditaktien 53. 3% Spanier 44⅞. 1% Spanier 38½. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 99½. Norddeutsche Bank 86¾. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

Frankfurt a. M., Mittwoch, 6. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oestr. Effekten Anfangs flau, schlossen fester. Mainz-Ludwigshafen etwas niedriger.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 118½. Preuß. Kassenscheine 105. Ludwigshafen-Berbach 129⅞. Berliner Wechsel 105¼. Hamburger Wechsel 88¼. Londoner Wechsel 118⅜. Pariser Wechsel 93⅜. Wiener Wechsel 77⅝. Darmstädter Bankaktien 175. Darmstädter Zettelbank 237. Meininger Kreditaktien 68½. Luxemburger Kreditbank 80. 3% Spanier 47. 1% Spanier 41⅛. Span. Kreditbank Pereira 465. Span. Kreditbank v. Rothschild 506. Kurhess. Loose 47½. Badische Loose 52⅛. 5% Metalliques 40¾. 4½% Metalliques 36½. 1854er Loose 54. Oestr. National-Anlehen 48¾. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 223. Oestr. Bankantheile 566. Oestr. Kreditaktien 124½. Neueste östreichische Anleihe 54½. Oestr. Elisabethbahn 125. Rhein-Nahebahn 25½. Hessische Ludwigsbahn 101.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.